

# Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Aufgrund des unerwartet kräftigen ersten Halbjahres 2017 hebt das DIW Berlin seine Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 1,9 Prozent für dieses Jahr an. Die Produktion übersteigt in diesem Jahr und wohl auch in den kommenden beiden Jahren das Produktionspotential – eine Überhitzung droht gleichwohl nicht. So wird die wirtschaftliche Entwicklung etwas an Tempo verlieren, nicht zuletzt, weil die Auslandsnachfrage ab kommendem Jahr weniger stark wachsen dürfte. Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates werden sich moderater entwickeln. Zudem halten sich die Unternehmen mit Investitionen in neue Maschinen und Anlagen weiterhin zurück. Die Inflation dürfte nur leicht steigen, auch angesichts verhaltener Lohnsteigerungen; hier schlägt sich nieder, dass das Erwerbspersonenpotential weiter wächst. Es bestehen zahlreiche konjunkturelle Risiken. So könnten die Exporte beeinträchtigt werden, falls der Außenwert des Euro höher liegt – etwa im Zuge einer weniger expansiven Geldpolitik als hier unterstellt. Zudem ist nicht auszuschließen, dass der Weltmarkt durch zunehmenden Protektionismus gehemmt wird.

Die deutsche Wirtschaft wird weiter kräftig wachsen, wenngleich mit etwas geringerem Tempo als in den vergangenen Quartalen. Die Produktionskapazitäten bleiben ordentlich ausgelastet, aber nicht übermäßig. Von einer Überhitzung der deutschen Wirtschaft kann also keine Rede sein, denn auch die Löhne sowie die Inflation bleiben verhalten. Im Prognosezeitraum legt die Teuerung nur leicht zu, sodass die Preisstabilität nicht gefährdet wird.

Nachdem die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates in den vergangenen beiden Jahren wegen der Zuwanderung Geflüchteter und der Ölpreistrückgänge eine große Rolle für die konjunkturelle Entwicklung gespielt haben (Abbildung 1), verlieren diese Effekte nun an Bedeutung. Die nachlassende Konsumdynamik wird sich vor allem auf die Dienstleistungsbereiche – zum Teil aber auch auf die Konsumgüterindustrie – auswirken. Schon deswegen verliert die Wirtschaft etwas Tempo (Kasten 1).

Die exportorientierten Industrieunternehmen profitieren noch eine Weile von einer dynamischen Auslandsnachfrage. Die deutliche Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar dürfte jedoch in den kommenden Quartalen dämpfend wirken, zudem verlieren wichtige Absatzmärkte ab Mitte des kommenden Jahres etwas an Schwung – insbesondere der Euroraum, dessen Wirtschaft sich zuletzt günstig entwickelt hatte. Auch die Nachfrage aus den Schwellenländern war zuletzt kräftig, wird sich voraussichtlich aber ebenfalls abschwächen, vor allem aufgrund der strukturellen, graduellen Verlangsamung in China.<sup>1</sup>

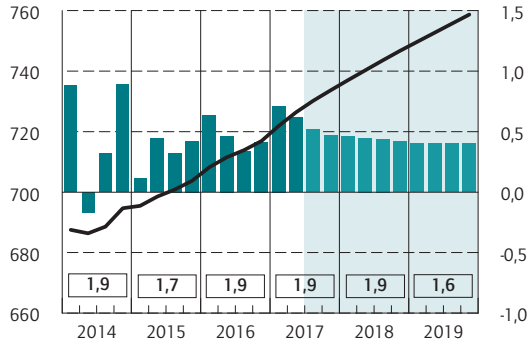
Somit wird sich nicht nur das binnenwirtschaftliche Tempo mindern, auch die Exporte entwickeln sich nach und nach etwas gemächlicher als zuletzt (Tabelle 1). Zwar

<sup>1</sup> Vgl. dazu in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts Ferdinand Fichtner et al. (2017a): Weltwirtschaft und Euroraum: Aufschwung auf breiterem Fundament. DIW Wochenbericht Nr. 36, 706–714.

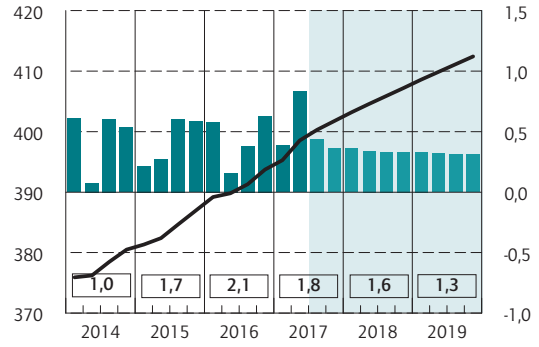
Abbildung 1

**Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten**  
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

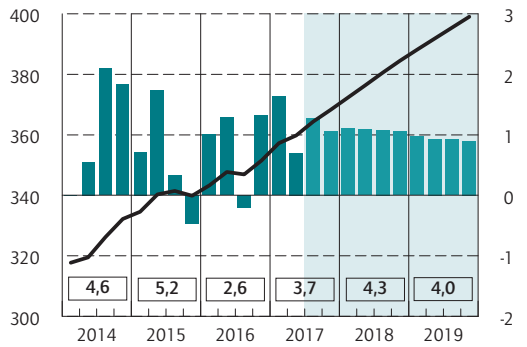
**Bruttoinlandsprodukt**



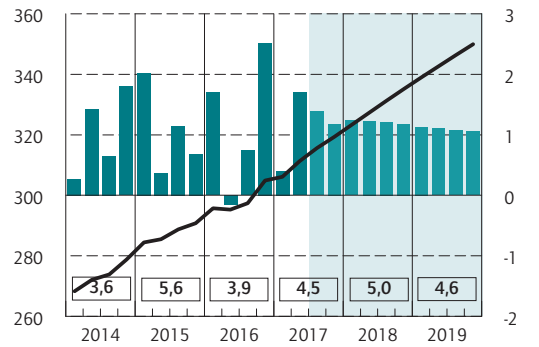
**Konsumausgaben der privaten Haushalte**



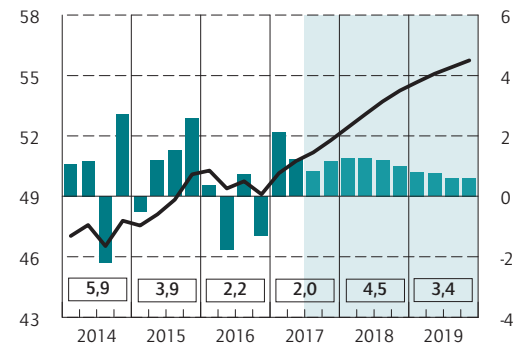
**Exporte**



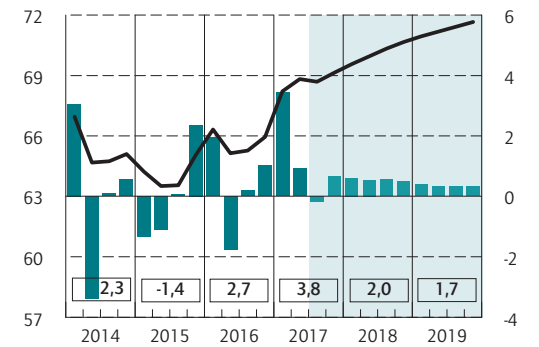
**Importe**



**Ausrüstungsinvestitionen**



**Bauinvestitionen**



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)  
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)  
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017, Prognose ab dem dritten Quartal 2017.

Tabelle 1

**Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts**

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,8	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,2	0,6	0,7	0,2	0,5	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	1,0	0,3	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	2,1	1,2	0,8	1,2	1,3	1,3	1,2	1,0	0,8	0,8	0,6	0,6
Bauten	3,4	0,9	-0,2	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
Sonstige Investitionen	2,0	0,9	0,7	0,8	0,8	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung <sup>1</sup>	-0,7	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,1	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag <sup>1</sup>	0,6	-0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,6	0,7	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	0,9	0,9	0,9
Import	0,4	1,7	1,4	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>

<sup>1</sup> Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017, Prognose ab dem dritten Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

stellen die Unternehmen weiterhin zusätzliche Arbeitskräfte ein, der Beschäftigungsaufbau wird sich jedoch abschwächen. Die Lohneinkommen wachsen in der Summe deshalb langsamer, auch wenn für den späteren Verlauf des Prognosezeitraums etwas kräftigere Lohnsteigerungen zu erwarten sind: Im Zuge des demografischen Wandels verlangsamt sich der Anstieg der Erwerbssper-

sonen, auch weil aus den sich wirtschaftlich erholenden Ländern der Europäischen Union immer weniger Personen nach Deutschland kommen.

Unter dem Strich dürfte die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 1,9 Prozent wachsen (Tabelle 2). Im Vergleich zum Juni hebt das DIW Berlin seine Prognose damit deut-

Tabelle 2

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt [1] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,9	1,7	1,9	1,9	1,9	1,6
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	42 672	43 069	43 638	44 276	44 643	44 896
Erwerbslose, ILO	2 092	1 949	1 775	1 618	1 619	1 589
Arbeitslose, BA	2 898	2 795	2 691	2 543	2 556	2 526
Erwerbslosenquote, ILO [2]	5,0	4,6	4,1	3,8	3,7	3,6
Arbeitslosenquote, BA [2]	6,7	6,4	6,1	5,7	5,7	5,6
Verbraucherpreise [3]	0,9	0,2	0,5	1,7	1,5	1,8
Lohnstückkosten [4]	1,4	1,8	1,6	1,8	1,4	1,9
Finanzierungssaldo des Staates [5]						
in Mrd. Euro	9,5	19,4	25,7	29,2	33,4	36,4
in Prozent des BIP	0,3	0,6	0,8	0,9	1,0	1,0
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,4	8,5	8,3	8,1	7,9	7,8

<sup>1</sup> In Preisen des Vorjahres.<sup>2</sup> Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).<sup>3</sup> Verbraucherpreisindex.<sup>4</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. In Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.<sup>5</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Herbstgrundlinien 2017, Prognose ab 2017.

© DIW Berlin 2017

Kasten 1

### Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.<sup>1</sup>

Für das Bruttoinlandsprodukt zeichnet sich für das laufende Vierteljahr ein Quartalszuwachs von gut 0,6 Prozent ab. Diese Erwartung stützt sich unter anderem auf die bis zuletzt nahezu euphorische Stimmung unter Industrieunternehmen und – in Teilen – den Dienstleistern sowie auf die günstige Entwicklung der Auftragseingänge. In die Prognose fließt ein geringfügig geringerer Anstieg ein (Tabelle 1 im Haupttext), da die Verwendungsaggregate in der Summe einen etwas schwächeren Anstieg nahelegen.

Insbesondere der private Verbrauch fällt wohl nicht so kräftig aus wie im Vorquartal. So haben die Einzelhandelsumsätze – aber auch etwa das Verbrauchervertrauen – zuletzt nachgegeben. Zum Teil liegt der wohl etwas schwächere Zuwachs aber auch an der höheren Teuerung; vor allem die Preise für Nahrungsmittel sind im Sommer gestiegen.

Der Außenhandel dürfte, nachdem er, rein rechnerisch, im zweiten Quartal per saldo gebremst hat, im dritten Quartal wieder geringfügig zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts beitragen. Das Wachstum der Ausfuhren dürfte sich bei weiter günstiger Konjunktur in der Europäischen Union deutlich beschleunigen.

Zwar verzeichnete die preisbereinigte Warenausfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels im Juni einen deutlichen Rücksetzer, was ein niedriges Ausgangsniveau zum Quartalsauftakt bedeutet. Demgegenüber sind die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland (ohne Großaufträge), aber auch der ifo-Index zur Beurteilung des Auftragsbestands der Exportunternehmen sowie die ifo-Exportserwartungen in der Quartalsbetrachtung weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet. Gleichmaßen stieg auch die Produktion von Investitionsgütern im verarbeitenden Gewerbe (ohne sonstigen Fahrzeugbau) im vergangenen Vierteljahr. Dies lässt ebenfalls auf eine Zunahme der Exporte schließen, da Investitionsgüter rund die Hälfte der Warenausfuhren ausmachen.

Auch die Einfuhren werden sich im Zuge der robusten Binnenkonjunktur wohl erneut kräftig entwickeln. Zwar können sie ihr Tempo aus dem Vorquartal nicht ganz halten, dürften aber erneut deutlicher zulegen als die Exporte. Entsprechend scheint auch hier der Rückgang der preisbereinigten Wareneinfuhr des Spezialhandels im Juni nur eine vorübergehende Eintrübung bei insgesamt positiven Aussichten zu sein.

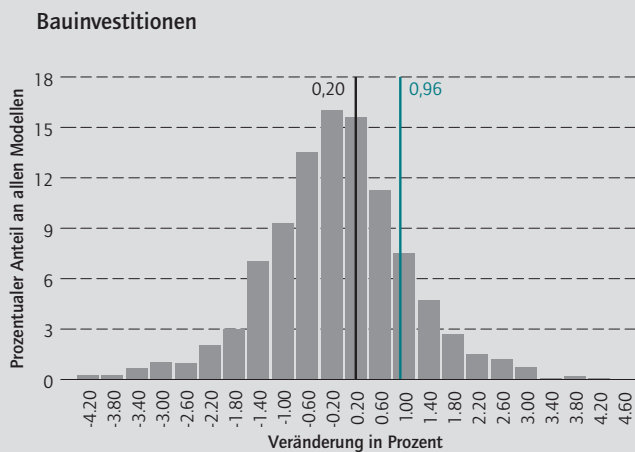
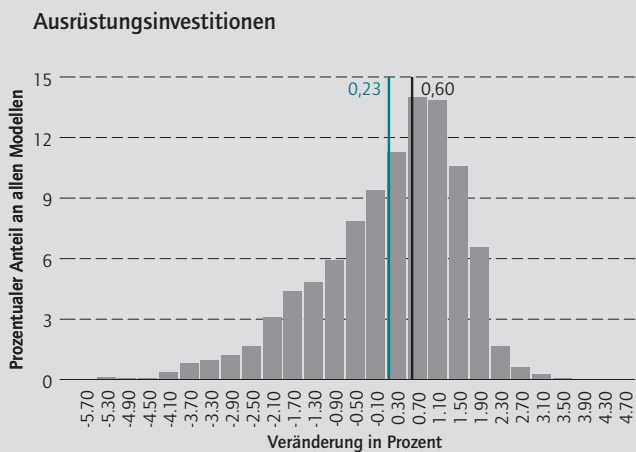
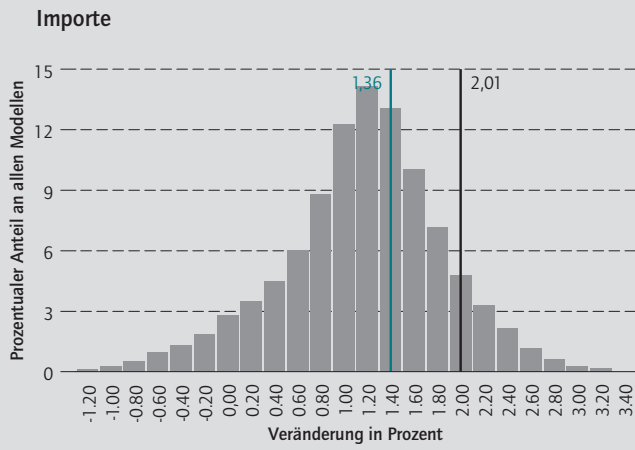
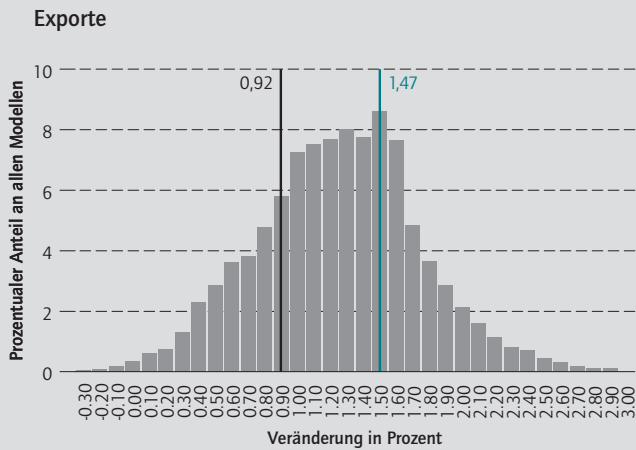
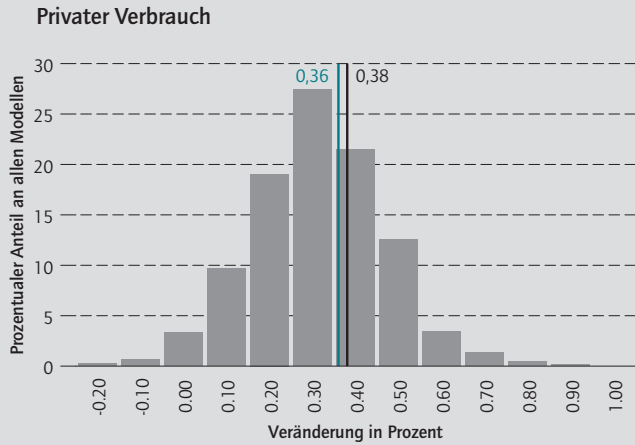
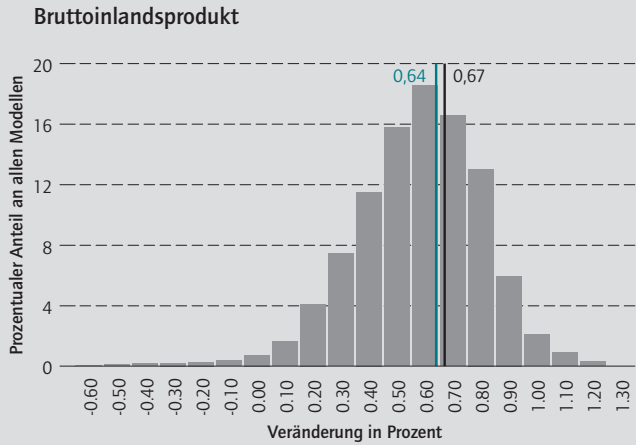
Von den Investitionen sind am aktuellen Rand geringere Impulse als zuletzt zu erwarten. Vor allem die Baukonjunktur dürfte sich nach dem starken Jahresauftakt im kommenden Quartal abkühlen. So ist die Produktion am aktuellen Rand in allen Baubereichen rückläufig, die Auftragseingänge haben sich nach einem Rücksetzer im Mai wieder etwas erholt. Gleichwohl sind die Auftragsbestände in allen Baubereichen hoch, sodass die Unternehmen weiterhin gut ausgelastet bleiben dürften. Die Geschäftserwartungen der Bauunternehmen haben sich nach deutlichen Abschlüssen zu Jahresbeginn in den letzten Monaten auch wieder erholt.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen sind die Auftragseingänge trotz der exzellenten Stimmung im verarbeitenden Gewerbe seit geraumer Zeit seitwärtsgerichtet, die Umsätze sind zuletzt aber wieder deutlich angesprungen. Alles in allem deuten die Flash-schätzungen aber auf ein etwas schwächeres Quartal hin.

<sup>1</sup> Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017b), a. a. O., 475–485.

Abbildung

**Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer aus beiden Modellklassen**



Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averging Ansatzes

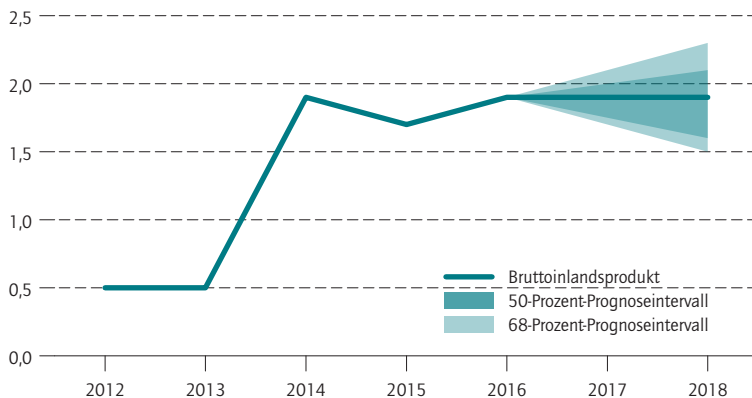
Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

Abbildung 2

### Prognoseunsicherheit für die Vorausschätzung des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent



Anmerkung: Für das Jahr 2019 können noch keine entsprechenden Intervalle berechnet werden, da keine Prognosen in ausreichender Zahl für diesen Horizont vorliegen.

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

lich, um vier Zehntel-Prozentpunkte, an.<sup>2</sup> In diesem Jahr fallen – im Vorjahresvergleich – drei Arbeitstage weniger an; ohne Berücksichtigung dieses Effekts würde die Wirtschaft sogar um 2,2 Prozent zulegen. Im Jahr 2018 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,9 Prozent wachsen und im darauffolgenden Jahr um 1,6 Prozent. Die Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sind mit Unsicherheit behaftet. Ausgehend von den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ist davon auszugehen, dass das Wachstum in diesem Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 Prozent zwischen 1,7 und 2,1 Prozent und im kommenden Jahr zwischen 1,5 und 2,3 Prozent liegt (Abbildung 2).<sup>3</sup>

Der Leistungsbilanzsaldo geht zwar im Prognosezeitraum geringfügig zurück, auf knapp unter acht Prozent im Jahr 2019, bleibt damit aber exzessiv hoch.

Die tatsächliche Produktion liegt derzeit geringfügig über dem Produktionspotential. Diese (positive) Produk-

<sup>2</sup> Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017b): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2017. DIW Wochenbericht Nr. 24, 467-490 (online verfügbar, abgerufen am 4. September 2017. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt). Die Anpassung der Prognose geht auch auf eine Revision des Bruttoinlandsprodukts durch das Statistische Bundesamt zurück.

<sup>3</sup> Für das Jahr 2019 können noch keine entsprechenden Intervalle berechnet werden, da keine Prognosen in ausreichender Zahl für diesen Horizont vorliegen.

tionslücke wird sich in diesem und im kommenden Jahr nochmals leicht weiten und im Jahr 2019 dann unverändert bleiben (Abbildung 3). Dass die Lücke sich nicht schließt, liegt auch daran, dass die demografische Entwicklung ab 2019 das potentielle Wirtschaftswachstum merklich senkt. Dass sie sich auf der anderen Seite aber auch nicht mehr nennenswert ausweiten wird, liegt nicht zuletzt daran, dass die Unternehmen weiterhin nur sehr verhalten in neue Maschinen und Anlagen investieren. In früheren Aufschwüngen hatten die Unternehmensinvestitionen viel kräftiger zugelegt, als dies derzeit zu erwarten ist – und damit eine Überauslastung überhaupt erst angeheizt.

Die schwachen Investitionen haben indes vielerlei Ursachen. So haben sich die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten in Deutschland in den vergangenen Jahren anscheinend verschlechtert: Vom DIHK befragte Unternehmen beurteilen wesentliche Standortfaktoren deutlich schlechter als noch vor drei Jahren, allen voran das Breitbandnetz, die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen und die Verkehrsinfrastruktur.<sup>4</sup> Offenbar neigen die Unternehmen zudem derzeit dazu – auch mit Blick auf die Demografie und der damit verbundenen Entschleunigung des Wachstumspotentials – bei der Ausweitung des heimischen Kapitalstocks moderat zu disponieren. Hinzu kommt die zu erwartende Verlangsamung der Weltkonjunktur – auch aufgrund des aufkeimenden Protektionismus. Gerade die weltweit zahlreichen und anhaltenden politischen Unwägbarkeiten dürften die Unternehmen darin bestätigen, wie seit geraumer Zeit weiter auf Sicht zu fahren. Ferner wird im späteren Prognosezeitraum wohl auch die restriktivere Geldpolitik die Investitionen dämpfen.

Risiken für die Prognose erwachsen aus den vielzähligen geopolitischen Instabilitäten; diese könnten die Investitionen – nicht nur in Deutschland – empfindlicher treffen als in der Prognose unterstellt, was auch die stark auf Investitionsgüter fokussierten deutschen Exporte zusätzlich belasten würde. Zudem könnten die nach der Bundestagswahl anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen die Rahmenbedingungen ändern. Nach wie vor weisen einige Banken im Euroraum Risiken in ihren Bilanzen auf. Fallen die entsprechenden Kredite aus, würden die resultierenden Verwerfungen an den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft ausstrahlen. Die Treffsicherheit der vorliegenden Prognose könnte auch beeinträchtigt werden, falls die Europäische Zentralbank den Ausstieg aus dem Anleihekaufprogramm über einen längeren Zeitraum streckt als hier unterstellt; dies könnte sich über einen entsprechenden Abwer-

<sup>4</sup> Vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2017): DIHK-Standortumfrage Industrie 2017 (online verfügbar).

tungsimpuls des Euro etwa positiv auf die Exporte, über eine höhere Teuerung aber negativ auf den privaten Verbrauch auswirken.

### Preisstabilität durch anziehende Inflation nicht gefährdet

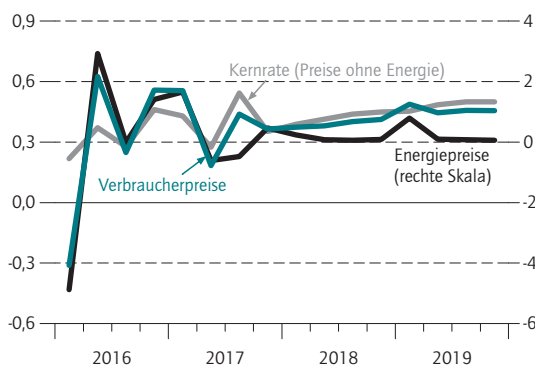
Die Inflation dürfte im Jahr 2017 mit 1,7 Prozent deutlich höher liegen als im vergangenen Jahr (Abbildung 4). Wesentlich hierfür ist allerdings, dass die Energiepreise damals im jahresdurchschnittlichen Vergleich nachgegeben und die Teuerung spürbar gedämpft hatten und dieser Effekt dieses Jahr wegfällt. Insbesondere im Winterhalbjahr 2016/17 haben die Energiepreise zugelegt und im Durchschnitt des Jahres 2017 schieben sie mit einem Anstieg von gut zwei Prozent die Teuerung an. Die Inflation ohne Berücksichtigung der Energiekomponenten, die Kernrate, wird dagegen nur um knapp anderthalb Prozent steigen.

Zu dieser moderaten Grundteuerung wird die vorangegangene Phase günstiger Kosten für Energie und Rohstoffe weiterhin beitragen: Die Kostenreduktion dürfte erst teilweise durch die Produktionskette durchgereicht worden sein und noch für einige Quartale zeitverzögert auf die Verbraucherpreise ausstrahlen. Hinzu kommt die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar im ersten Halbjahr dieses Jahres, die ebenfalls noch einige Zeit die Importkosten drücken und somit dämpfend auf die Teuerung wirken dürfte.

Abbildung 4

### Verbraucherpreise: Gesamt, Energie und Gesamt ohne Energie

Saison- und kalenderbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2017.

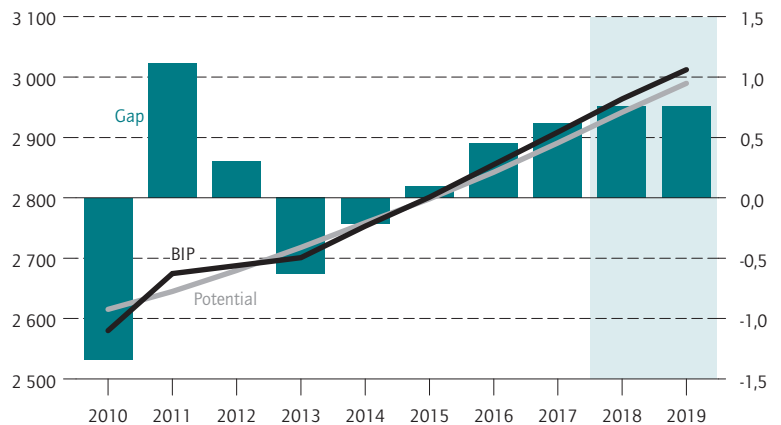
© DIW Berlin 2017

Die Preise ohne Energie steigen allmählich.

Abbildung 3

### Bruttoinlandsprodukt und Potential bzw. Produktionslücke

In Milliarden Euro bzw. Prozent des Produktionspotentials



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Die deutsche Wirtschaft lastet die Kapazitäten derzeit gut aus.

Auch wenn die Kernrate damit weiterhin nur einen gemächlichen Preisauftrieb anzeigt: Zuletzt ist sie etwas gestiegen und wird im weiteren Verlauf einem flachen Aufwärtstrend folgen,<sup>5</sup> denn die Kapazitäten bleiben für einige Zeit gut ausgelastet und etwas stärker steigende Lohnkosten aufgrund zunehmender Knappheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt werden allmählich auf die Verbraucherinnen und Verbraucher übergewälzt.

Trotzdem zeichnet sich derzeit kein hoher Preisdruck ab. Mit 1,6 Prozent im kommenden Jahr und 1,9 Prozent im Jahr 2019 befindet sich die Kernrate erst gegen Ende des Prognosezeitraums unter, aber nahe zwei Prozent – also in einem Bereich, den die Europäische Zentralbank für den Euroraum als Preisstabilität definiert.<sup>6</sup> Dies hängt auch damit zusammen, dass die Löhne nicht übermäßig anziehen.

Die gesamte Teuerungsrate wird auch im Prognosezeitraum überlagert von der Entwicklung der Energiekos-

**5** Die Erzeugerpreise hatten – wohl auch aufgrund der zwischenzeitlichen Verteuerung von Rohöl – seit Jahresbeginn zunächst deutlich angezogen; seit einigen Monaten haben sie im Vorjahresvergleich aber wieder an Schwung verloren. Dies spricht dafür, dass die Inflation auf breiter Front etwas stärker steigen, aber nicht aus dem Ruder laufen dürfte.

**6** Da die Energiepreise von den stark schwankenden Ölpreisen abhängen, gibt die Kernrate, die diese Effekte ausblendet, oft ein klareres Bild vom allgemeinen Preisauftrieb als die Inflationsrate selbst. Tatsächlich liegt die Inflationsrate in den kommenden beiden Jahren voraussichtlich sogar noch unterhalb der Kernrate.

## Kasten 2

**Annahmen**

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die Geldpolitik der EZB ist weiterhin expansiv ausgerichtet; angenommen wird, dass ab der Jahreswende 2017/18 das Anleihekaufprogramm allmählich zurückgefahren wird. Zudem wird angenommen, dass die EZB zum Jahresbeginn 2019 den Leitzins um zehn Basispunkte erhöhen wird. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen steigen leicht an. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; dabei werden die durchschnittlichen Wechselkurse der vergangenen 30 Tage zugrunde gelegt. Für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,13 US-Dollar je Euro für dieses und von 1,18 US-Dollar je Euro für die kommenden beiden Jahre. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen; im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise gemäß dieser Annahme in diesem Jahr rund 16 Prozent höher, im kommenden um gut ein Prozent niedriger und im Jahr 2019 nur geringfügig höher als im jeweiligen Vorjahr. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 31. August 2017. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,2 Prozent zu, im nächsten um 2,4 Prozent und 2019 um 2,6 Prozent. Ferner wird unterstellt, dass es im Zuge der Flüchtlingsmigration per Saldo nicht zu weiteren Zuzügen kommt, etwa im Rahmen des Familiennachzugs.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Diese Einschätzung beruht auf der Status-quo-Annahme, nach der die Rahmenbedingungen auf Grundlage der heutigen Gesetzeslage basiert werden und darüber hinaus lediglich quasi-automatische Anpassungen von Parametern staatlichen Handelns berücksichtigt werden. In Anbetracht der anstehenden Bundestagswahl ist die Einschätzung der finanzpolitischen Impulse allerdings mit höherer Unsicherheit behaftet als üblich.

Zu Beginn des Jahres 2018 werden wie in diesem Jahr Grund- und Kinderfreibetrag angehoben. Es wird angenommen, dass es auf Grundlage des nächsten Progressionsberichts auch für das Jahr 2019 notwendig sein wird, die Freibeträge anzuheben. Den expansiven Impulsen bei den persönlichen Einkommen steht im Jahr 2018 ein leicht restriktiver Impuls bei der Körperschaftsteuer entgegen, da die Übergangszeit, in der für Altkapitalausschüttungen die höhere Steuerbelastung geltend gemacht werden konnte, Ende des Jahres 2017 ausgelaufen sein wird. Auch das Kindergeld steigt im kommenden Jahr; für das Jahr 2019 ist keine Erhöhung unterstellt. Für übernächstes Jahr zeichnet sich zudem die Einführung einer Infrastrukturabgabe ab, nach der auch für Pkw bei der Benutzung von Autobahnen und Bundesstraßen Mautgebühren fällig werden. Gleichzeitig sollen Autofahrerinnen und Autofahrer über Änderungen bei der Kraftfahrzeugsteuer entlastet werden. Die genaue Ausgestaltung ist derzeit zwar noch unklar, per saldo sollen aber 500 Millionen Euro vereinnahmt werden. In der hier vorgelegten Prognose ist lediglich dieser Saldeneffekt berücksichtigt. Da die gesamten Einnahmen in Investitionen fließen sollen, hat dies auch zur Folge, dass das Investitionsvolumen ab dem Jahr 2019 wohl etwas höher sein dürfte. Auch nach geltender Rechtslage werden die investiven Ausgaben allerdings deutlich aufgestockt. Dabei handelt es sich sowohl um Sachinvestitionen als auch um Ausgaben, denen ein vorwiegend investiver Charakter zugesprochen werden kann. Zudem werden nochmals mehr Mittel für die innere Sicherheit bereitgestellt.

Demgegenüber wirken die Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zu Beginn des Jahres 2017 wie auch der Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenkassen restriktiv. Dem steht die wiederholte Senkung der Insolvenzgeldumlage entgegen. Dabei ist in dieser Prognose angenommen, dass anstatt der ursprünglich geplanten Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2018 um 0,03 Prozentpunkte wegen höherer Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte 2017 lediglich eine Absenkung um 0,01 Prozentpunkte erfolgen kann, dass zu Beginn des Jahres 2019 aber wieder Spielraum für eine größere Senkung – von 0,03 Prozentpunkten – besteht. Expansiv wirken zudem Maßnahmen auf der Ausgabenseite, insbesondere die Ausweitung von Leistungen in der sozialen Pflegeversicherung im laufenden Jahr.

Der finanzpolitische Impuls liegt gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr bei 0,4 Prozentpunkten. Im kommenden Jahr geht er auf 0,3 Prozentpunkte zurück und im Jahr 2019 ist die Finanzpolitik mit 0,1 Prozentpunkten nur noch leicht expansiv.

Tabelle 1

**Annahmen dieser Prognose**

		2017	2018	2019
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,1
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,2	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,8	0,8	1,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,4	0,4	0,5
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,13	1,18	1,18
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,2	2,3	2,4
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	52,2	51,5	51,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	46,3	43,7	43,9

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.



Tabelle 2

**Finanzpolitische Maßnahmen<sup>1</sup>**

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Milliarden Euro gegenüber 2016

	2017	2018	2019
Alterseinkünftegesetz	-1,2	-2,5	-3,9
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	-2,1	-5,4	-5,5
Anpassung von Grund- und Kinderfreibetrag im Jahr 2019			-0,7
Altkapitalerstattungen <sup>2</sup>		2,3	2,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>3</sup>	-0,8	-1,8	-1,7
Gesetz zur Umsetzung der Änderung der EU-Amtshilfereichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	-2,3	-5,9	-6,2
Ausweitung der Mautstrecken und Lkw-Klassen ab dem 01.07.2018		0,7	1,7
Einführung einer Infrastrukturausgabe <sup>4</sup>			
Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen <sup>5</sup>	-0,2	-0,5	-2,0
Zusätzliche Finanzmittel für die Deutsche Bahn AG <sup>6</sup>	-0,9	-0,9	-0,4
Förderung des Breitbandausbaus	-0,2	-0,8	-0,8
Förderung des sozialen Wohnens <sup>7</sup>	-0,4	-0,4	-0,4
Investitionsprogramm Mikroelektronik	-0,1	-0,3	-0,3
Mehrausgabe aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze		0,0	0,0
Prämie bei Kauf und Förderung von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	-0,1	-0,2	-0,2
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußeren Sicherheit	-1,7	-3,6	-4,8
Änderungen bei Sozialleistungen <sup>8</sup>	-1,5	-1,3	-1,3
Senkung der Insolvenzgeldumlage	-0,4	-0,5	-0,9
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte	2,6	2,7	2,8
2. Pflegeverstärkungsgesetz	-4,8	-4,8	-4,8
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum um 0,1 Prozentpunkt zum 01.01.2019			1,1
Krankenhausstrukturgesetz	-0,3	-0,4	-0,5
Sonstige Maßnahmen bei den Sozialversicherungen <sup>9</sup>	0,6	0,6	0,6
Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung		-1,5	-1,5
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,7	-1,5	-2,3
<b>Insgesamt</b>	<b>-14,4</b>	<b>-26,1</b>	<b>-29,7</b>
<b>in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %</b>			
nachrichtlich			
BVerfG-Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Kernbrennstoffsteuer	-6,3		
EuGH-Urteil zur Besteuerung von Streubesitzdividenden	-1,3	-1,3	0,0
EuGH-Urteil zur Berücksichtigung negativer Aktiengewinne nach § 40a KAGG und § 8b Absatz 3 KStG (STeko-Rechtsprechung)	-1,0	-1,0	0,1
Anwendung des BFH-Urteils vom 6. Dezember 2016 zu Bonuszahlungen der Krankenkassen	0,0	0,0	0,0
EuGH-Urteil vom 15. September zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung	-0,3	-0,2	-0,1
Anwendung des BFH-Urteils vom 6. April 2016 zur Anrechnung ausländischer Steuern	-1,0	-0,2	-0,1

<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

<sup>2</sup> Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückstellungen geltend zu machen. Dieser Zeitraum endet Ende 2017.

<sup>3</sup> Abschaffung der Eigenheimzulage, Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuerbeibehalts in der Seeschifffahrt, Investmentsteuerreformgesetz, Gesetz zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen; BMF-Schreiben zur Umsatzsteuerbefreiung bei der Abgabe von Zytostatika, Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes, Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter, Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze, Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechtes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Gesetz zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr, Verordnung der Absenkung der Steuersätze im Jahr 2017 nach § 11 Abs. 2 LuftVStAbsenkVO 2017, Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Dritte Verordnung zur Änderung der Fahrzeugzulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften.

<sup>4</sup> Die Einführung der PKW-Maut dürfte mit gegenläufigen Maßnahmen bei der Kfz-Steuer verbunden sein. Die genaue Regelung lässt sich derzeit noch nicht absehen. In dieser Prognose sind daher lediglich die per saldo erwarteten Mehreinnahmen von 0,5 Mrd. Euro angesetzt.

<sup>5</sup> Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages; Maßnahmen gemäß Finanzplanung 2018.

<sup>6</sup> Verringerung der Bahndividende und Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn.

<sup>7</sup> Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“.

<sup>8</sup> Erhöhung der BAföG-Leistungen, Änderungen beim Wohngeld, Unterhaltsvorschußgesetz, Mehrausgaben in Zusammenhang mit Eingliederungsmaßnahmen u. a., Integrationsgesetz, Rentenangleichung der Ost- an die Westrenten.

<sup>9</sup> Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Hospiz- und Palliativgesetz, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; DIW Herbstgrundlinien 2017.

Tabelle 3

**Arbeitsmarktbilanz**

In Millionen Personen

	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Erwerbstätige im Inland</b>	<b>43,07</b>	<b>43,64</b>	<b>44,28</b>	<b>44,64</b>	<b>44,90</b>
Selbständige und mithelf. Familienangehörige	4,36	4,33	4,31	4,31	4,31
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,86	31,52	32,16	32,56	32,86
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,91	1,92	1,93	1,94	1,95
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,86	4,80	4,73	4,68	4,63
Sonstige	1,08	1,07	1,15	1,15	1,15
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,08	-0,09	-0,10	-0,10	-0,10
<b>Erwerbstätige Inländer</b>	<b>42,99</b>	<b>43,54</b>	<b>44,17</b>	<b>44,54</b>	<b>44,79</b>
Erwerbslose	1,95	1,78	1,62	1,62	1,59
Erwerbspersonen	44,94	45,32	45,79	46,16	46,38
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,79	2,69	2,54	2,56	2,53
Arbeitslosenquote BA <sup>1</sup> – Prozent	6,4	6,1	5,7	5,7	5,6
Arbeitslosenquote SGB <sup>2</sup> – Prozent	8,3	7,9	7,3	7,3	7,1
Erwerbslosenquote VGR <sup>3</sup> – Prozent	4,3	3,9	3,5	3,5	3,4
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – Prozent	4,6	4,1	3,8	3,7	3,6
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	40,1	41,1	41,3	41,7	42,0

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

ten: Die Ölpreise – und durch sie maßgeblich beeinflusst auch die Energiepreise – lagen zuletzt etwa ein Prozent niedriger als im Durchschnitt des bisherigen Jahresverlaufs. Daher – und ausgehend von dem unterstellten weiteren Verlauf für die Rohölpreise (Kasten 2) – wird Energie im kommenden Jahr für die Verbraucherinnen und Verbraucher sogar günstiger und im Jahr 2019 nur geringfügig teurer. Im Jahr 2018 kommt hinzu, dass die EEG-Umlage nahezu unverändert bleibt; dies liegt unter anderem an einem prall gefüllten Ausgleichskonto.<sup>7</sup> Unter dem Strich wirken die moderaten Änderungen der Energiepreise dämpfend auf die gesamte Inflation – vor allem im Jahr 2018, in dem diese mit voraussichtlich 1,5 Prozent sogar geringer ausfällt als in diesem Jahr. Im Jahr 2019 beträgt die Inflation dann wohl 1,8 Prozent. Das 68-Prozent-Konfidenzintervall liegt für dieses Jahr zwischen 1,6 und 1,8 Prozent und für das Jahr 2018 zwischen 0,6 und 2,4 Prozent.

<sup>7</sup> Zur Höhe des Ausgleichskontos – der Stand vom Juli wies einen Überschuss in Höhe von 4,2 Milliarden Euro auf – vgl. Informationsplattform der deutschen Übertragungsnetzbetreiber: EEG-Umlage (online verfügbar); und zur Prognose der EEG-Umlage Agora Energiewende: Online EEG-Rechner (online verfügbar). Mittelfristig sind weitere Anhebungen der Umlage zu erwarten, für das Jahr 2019 sogar um 16 Prozent.

**Beschäftigungsaufbau schlägt langsamere Gangart ein**

Die Beschäftigung ist weiter kräftig gewachsen. Da das Erwerbspersonenpotential ebenfalls erheblich zulegte, stagnierte zuletzt die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahezu. Weiterhin sind vor allem zusätzliche Arbeitskräfte aus Osteuropa gekommen; das Wachstum der Zuwanderung von dort hat sich aber abgeschwächt. Dasselbe gilt für die Zuwanderungen aus Südeuropa. Dagegen beschleunigt sich das Wachstum bei den Zuzügen von Arbeitskräften aus Westeuropa und aus außereuropäischen Staaten, die nicht im Zusammenhang mit der Asylsuche stehen. Bei den Asylwanderungen macht sich bemerkbar, dass immer mehr Asylverfahren abgeschlossen sind. Viele der anerkannten Flüchtlinge nehmen danach an arbeitsmarktpolitischen und Integrationsmaßnahmen teil, eine inzwischen steigende Zahl hat sie beendet und tritt auf den Arbeitsmarkt. Etwas zugenommen hat überdies das heimische Erwerbspersonenpotential; der weitere Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter konnte noch gerade durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung etwas mehr als ausgeglichen werden.

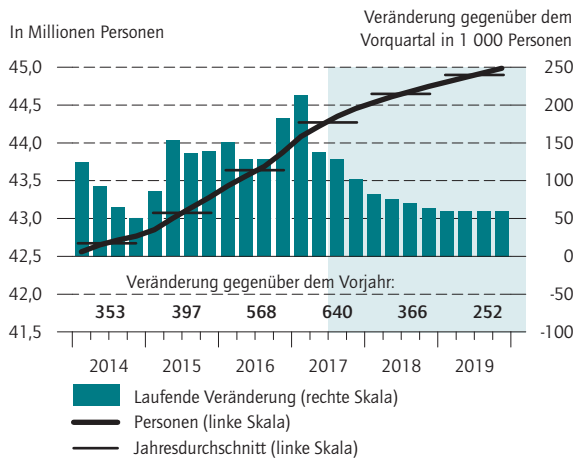
Der anhaltend starke Beschäftigungsaufbau wurde weiterhin fast allein von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen (Tabelle 3). Die Zahl derjenigen Personen, die ausschließlich einem Mini-Job nachgehen, ist dagegen gesunken. Das mag zum Teil auch daran liegen, dass die Erhöhung des Mindestlohns zu Beginn dieses Jahres diese Beschäftigungsform noch unattraktiver gemacht hat. Etwas gestiegen ist indes die Zahl der Beamten. Bei der selbständigen Beschäftigung ist die seit 2012 dauernde Talfahrt zum Ende gekommen.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat bis zur Jahresmitte in fast allen Wirtschaftsbereichen zugenommen. Die Ausnahme sind die Finanzdienste, bei denen der schon seit längerer Zeit zu beobachtende Personalabbau anhielt. Generell wuchs der Personalbestand in den Dienstleistungsbereichen stärker als im produzierenden Gewerbe. Im Dienstleistungssektor waren die Zuwächse besonders stark im Gastgewerbe, im Bereich Information und Kommunikation, bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Diensten sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen – und hier insbesondere bei der Vermittlung von Leiharbeit. Angesichts der günstigen konjunkturellen Entwicklung ist eine Ausweitung der Nachfrage nach Leiharbeitskräften nicht erstaunlich. Dass auch das Angebot wächst, dürfte daran liegen, dass manche Arbeitskräfte Schwierigkeiten haben, in anderen Branchen einen Job zu finden – insbesondere gilt dies für Geringqualifizierte. Zudem wurde im Bereich Erziehung das Personal kräftig aufgestockt, was mit Integrations-

Abbildung 5

**Erwerbstätige**

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

**Der Beschäftigungsaufbau verliert an Schwung.**

maßnahmen für Flüchtlinge zusammenhängen dürfte. Im produzierenden Gewerbe ist besonders in der Bauwirtschaft die Beschäftigung expandiert, im verarbeitenden Gewerbe wurde der Personalbestand ebenfalls ausgeweitet – aber verhaltener. Wahrscheinlich wird hier verstärkt auf Leiharbeit zurückgegriffen.

Im Prognosezeitraum hält der Beschäftigungsaufbau an, verliert aber infolge eines sich abschwächenden Produktionswachstums an Tempo (Abbildung 5). Zugleich nimmt die Produktivität zu. Teilzeitarbeit dürfte nicht weiter an Bedeutung gewinnen; die durchschnittliche Zahl der je Kopf geleisteten Arbeitsstunden steigt etwas. Auf Grundlage der gegenwärtig vorliegenden Daten der amtlichen Erwerbstätigenrechnung wird geschätzt, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2017 das Ergebnis des Vorjahres um 650 000 oder 1,5 Prozent übersteigen wird.<sup>8</sup> Für das kommende Jahr ist mit einem Beschäftigungsaufbau von 360 000 und für 2019 mit 250 000 Personen zu rechnen. Weiterhin nimmt im Wesentlichen nur die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. Bei

<sup>8</sup> Das Wachstum dürfte aber überschätzt sein, da die amtlichen Ergebnisse für das Vorjahr zu niedrig sind. Bei der Bundesagentur kam es im vergangenen Jahr zu Problemen bei der Verarbeitung der Beschäftigtendaten, die grundlegend für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes sind. Die damit verbundene Untererfassung ist bisher nur zum Teil korrigiert worden; mit einer umfassenden Revision ist Ende dieses Jahres zu rechnen.

der selbständigen ist wohl der Tiefpunkt erreicht; eine Beschäftigungsausweitung ist aber nicht zu erwarten. Die bei Steuern und Sozialabgaben privilegierten Mini-Jobs dürften weiter weniger werden.

Der Bestand an Arbeitslosen liegt 2017 um 150 000 unter dem Niveau des Vorjahres. Ab dem Jahreswechsel nimmt die Arbeitslosigkeit leicht zu, Ende 2018 schrumpft sie dann aber wieder etwas. Der zeitweilige Zuwachs rührt daher, dass das Erwerbspersonenpotential schneller wächst als die Zahl der Erwerbstätigen. Nicht zuletzt wird spürbar, dass vermehrt Flüchtlinge nach der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eine Beschäftigung suchen werden. Im gesamten Jahr 2018 wird aber die Zahl der Arbeitslosen kaum höher liegen (plus 14 000) als in diesem Jahr. Für 2019 ist mit einer Abnahme um 30 000 zu rechnen. Zwar wächst dann die Beschäftigung mit geringerem Tempo, aber auch das Erwerbspersonenpotential: Die Effekte infolge von Zuwanderungen werden schwächer, das heimische Potential nimmt sogar ab. Die Arbeitslosenquote beläuft sich in diesem und im nächsten Jahr auf 5,7 Prozent. Die Grenzen des 68-Prozent-Konfidenzintervalls unterscheiden sich für 2017 nur im zweiten Nachkommastellenbereich von dem prognostizierten Wert, für 2018 liegt das Intervall zwischen 5,4 und 6,0 Prozent. Für das Jahr 2019 ist mit einer Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent zu rechnen.

Die Löhne haben sich zuletzt nur schwach entwickelt. Das hängt vor allem mit den Tariflöhnen zusammen. Angesichts der kräftig gestiegenen Beschäftigung wäre ein zunehmender Lohnauftrieb zu erwarten, stattdessen trat das Gegenteil ein: Die tariflichen Stundenlöhne haben nach dem Winter mit abnehmenden Raten zugenommen. Im Juni wurde nur noch ein Plus von 1,7 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres erzielt; das entsprach gerade einmal der Teuerungsrate. Die tatsächlich gezahlten Löhne sind aber stärker gestiegen, was nicht zuletzt daran liegt, dass sich die Beschäftigungsstruktur weiter hin zu den qualifizierteren Tätigkeiten verschiebt.

Diese Verschiebung dürfte sich im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen und dazu beitragen, dass die Effektivstärker als die Tariflöhne steigen. Positiv wird überdies die Lohnrift deshalb sein, weil im Zuge weiter anziehender Beschäftigung Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt in regionaler Hinsicht sowie mit Blick auf bestimmte Qualifikationen größer werden. Die abhängig Beschäftigten sind dadurch in einer besseren Verhandlungsposition. Die bereits vorliegenden Tarifverträge lassen aber lediglich erwarten, dass die Tariflöhne in den kommenden Monaten dieses Jahres etwas anziehen, während sich eine weitere Beschleunigung des Lohnauftriebs für das kommende Jahr kaum abzeichnet. Wahrscheinlich werden

die Gewerkschaften ihre verbesserte Verhandlungsposition bei den Verhandlungen über die Tariflöhne auch im Prognosezeitraum nur unzureichend nutzen; darauf weisen die Erfahrungen der vergangenen Jahre hin. Gleichwohl dürften die effektiven Löhne mit etwas zunehmendem Tempo wachsen, da die Lohndrift zunimmt.

### **Kräftiger Konsum, Sondereffekte fallen aber weg**

Der Konsum der privaten Haushalte hat in den vergangenen zwei Jahren spürbar zugelegt. Allerdings hatte auch die Flüchtlingsmigration die Ausgaben angefacht, und die privaten Haushalte haben in erheblichem Umfang Mittel konsumtiv verwendet, die sie aufgrund des Ölpreisverfalls an anderer Stelle gespart hatten. Diese beiden Konjunkturtreiber fallen im Prognosezeitraum weg, sodass der private Verbrauch an Tempo verlieren dürfte. Dennoch bleibt die Grunddynamik positiv, denn die Einkommen der Haushalte steigen kräftig – stärker noch als in den vergangenen Jahren.

Die Löhne dürften in der Summe spürbar zunehmen, wengleich die Zuwächse im Zuge des sich abschwächenden Beschäftigungsaufbaus geringer ausfallen dürften. Die einkommensmindernden Effekte der geringeren Beschäftigungsdynamik können durch die etwas kräftiger anziehenden Löhne je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer nur zum Teil kompensiert werden. Zudem bremsen die stark steigenden Abgaben, insbesondere der progressionsbedingte Anstieg der Lohnsteuer, den netto zu verzeichnenden Lohnanstieg. Im laufenden Jahr und deutlicher noch im kommenden Jahr dämpfen die Erhöhungen der Grund- und Kinderfreibeträge den Anstieg der Abgaben; dagegen heben die Erhöhungen der Sozialbeitragsätze (in diesem Jahr steigt derjenige zur Pflege-, im Jahr 2019 derjenige zur gesetzlichen Krankenversicherung) die Abgaben an.

Die Sozialleistungen steigen in diesem Jahr kräftig. Das liegt auch an den im Zuge der Flüchtlingsmigration anfallenden Ausgaben – immer mehr Geflüchtete werden anerkannt und haben Anspruch auf Arbeitslosengeld –, aber auch daran, dass zu Beginn des Jahres 2017 die Transferleistungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes II angehoben wurden. In den kommenden Jahren fallen die Zuwächse bei den Sozialleistungen dann geringer aus. Zwar wird auch die Rente deutlich angehoben, der Anstieg fällt aber nicht so hoch aus wie in diesem Jahr. Anhaltend kräftig entwickeln sich angesichts der gut ausgelasteten Wirtschaft die Einkommen, die privaten Haushalten aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen zufließen.

Alles in allem legen die verfügbaren Einkommen spürbar zu. Besonders in diesem Jahr ist im Zuge des merk-

lichen Beschäftigungsaufbaus ein Plus von gut dreieinhalb Prozent zu verzeichnen, aber auch in den kommenden beiden Jahren dürften die Zuwächse mit drei Prozent höher liegen als zuletzt. Aufgrund der höheren und im weiteren Verlauf geringfügig steigenden Teuerung schwächt sich der Zuwachs des privaten Konsums in realer Abgrenzung jedoch ab. Da das Bevölkerungswachstum in den kommenden Jahren abnehmen wird, bleiben die Zuwächse pro Kopf gerechnet im Prognosezeitraum aber – im Vergleich zu zurückliegenden Jahren – hoch.

### **Ausrüstungsinvestitionen schalten in den zweiten Gang hoch**

Die Investitionen in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sind im ersten Halbjahr 2016 kräftig gestiegen. Aber auch die sonstigen Investitionen, zu denen geistiges Eigentum, aber auch die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung gezählt werden, nahmen zu Jahresbeginn sichtbar zu. Die gestiegenen Unternehmensinvestitionen tragen vor allem dem allgemein erhöhten Expansionstempo der deutschen Wirtschaft, aber auch der aktuellen konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft Rechnung. Etwas gebremst hat zuletzt die Investitionstätigkeit des Staates.

Die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen dürfte im gesamten Prognosezeitraum anhalten, wengleich für das dritte Quartal mit einer etwas geringeren Rate zu rechnen ist als in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres (Kasten 1). Im Prognosezeitraum liegen die Veränderungsraten bis Mitte 2019 etwas über dem Trend der vergangenen Jahre. Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig und die Weltkonjunktur, insbesondere aber auch die Entwicklung im Euroraum, ist aufwärtsgerichtet. Auch liegt die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes mittlerweile deutlich über dem langjährigen Durchschnitt – dies zeigen sowohl der ifo-Geschäftsklimaindex als auch der Order-Capacity-Index an. Dass es dennoch nicht zu einer noch stärkeren Beschleunigung der Investitionstätigkeit kommt, dürfte vor allem mit der sich im weiteren Prognosezeitraum etwas abkühlenden Weltkonjunktur zusammenhängen. Auch ist zu erwarten, dass die Europäische Zentralbank allmählich den Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik sucht. Der Realzins dürfte infolgedessen steigen. Latent wird wohl auch noch die Unsicherheit um die Austrittsverhandlungen Großbritanniens aus der Europäischen Union die Investitionsneigung der Unternehmerinnen und Unternehmer dämpfen.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Vgl. dazu in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts den Kasten „Brexit-Verhandlungen und die Effekte wirtschaftspolitischer Unsicherheit“ in Ferdinand Fichtner et al. (2017a), a. a. O., 710.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um rund zwei Prozent zulegen. Im kommenden Jahr werden sie wohl deutlich stärker, um 4,7 Prozent, expandieren und im Jahr 2019 um 3,4 Prozent. Eine im Verlauf ähnliche Dynamik ist für die sonstigen Investitionen zu erwarten.

## Bauwirtschaft greift nach den Sternen

Die Bauinvestitionen sind fulminant in das Jahr 2017 gestartet. Zwar verlangsamte sich das Expansionstempo im zweiten Quartal, weil der Wirtschaftsbau bremste, dennoch stiegen die Bauinvestitionen um knapp ein Prozent.

Nach dem starken Jahresauftakt deutet der Produktionsindex am aktuellen Rand eine Verlangsamung der Bautätigkeit an. Dies gilt für alle Baubereiche. Gleichwohl bleibt insbesondere im Wohnungsbau der kräftige Aufwärtstrend intakt. Nach wie vor sind die Finanzierungsbedingungen günstig und die Wohnungsnachfrage gerade in den Großstädten anhaltend hoch. Die Zahl der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen entspricht mittlerweile mehr als der doppelten Bauleistung des vergangenen Jahres. Angesichts dieses Bauüberhangs dürften die im ersten Halbjahr 2017 rückläufigen Baugenehmigungen zunächst wenig ins Gewicht fallen. Wegen der hohen Kapazitätsauslastung des Baugewerbes dürften die Zuwachsraten der Bauinvestitionen dennoch nur leicht über dem Trend der vergangenen Jahre liegen. Gerade im Bereich des Wohnungsbaus schlägt sich die gestiegene Kapazitätsauslastung mehr und mehr in höheren Preisen nieder. Im späteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften dies und die sich abzeichnende Änderung der Geldpolitik die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen dämpfen. Insgesamt bleiben die Zuwächse aber kräftig: Für dieses Jahr ist mit einer Steigerung der Wohnungsbauminvestitionen um gut 4,6 Prozent zu rechnen, für kommendes Jahr um 2,9 Prozent und für das Jahr 2019 um rund zwei Prozent.

Die Dynamik im gewerblichen Bau dürfte demgegenüber verhaltener ausfallen. Das Volumen genehmigter Bauvorhaben ist sehr volatil, entwickelte sich zuletzt aber positiv. Auch das Geschäftsklima der vom ifo Institut befragten Bauunternehmen deutet eine Expansion an. Nachdem die Impulse zuletzt von zusätzlichen Genehmigungen für Fabrik-, Handels- und Lagergebäude ausgingen, wird mittlerweile vor Knappheiten an Büroflächen in den Großstädten gewarnt.<sup>10</sup> Im Bereich des Tiefbaus dürften der Ausbau des Breitbandnetzes und die Aktivitäten der Deutschen Bahn die Investitionstätigkeit steigern. Im laufenden Jahr werden die Wirtschafts-

<sup>10</sup> Vgl. ZIA (2017): Büroimmobilien: ZIA warnt vor Verknappung in den deutschen Großstädten. Pressemitteilung vom 3. April 2017 (online verfügbar).

Tabelle 4

## Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2016	2015	2016	2017	2018	2019
	Anteile in Prozent					
Wohnungsbau	60,9	-0,7	4,0	4,6	2,9	2,1
Nichtwohnungsbau	39,1	-2,5	0,8	2,5	0,4	1,0
Gewerblicher Bau	27,5	-1,7	0,1	3,0	1,2	1,8
Öffentlicher Bau	11,57	-0,8	2,7	1,4	-1,4	-0,9
Bauinvestitionen	100,0	-1,4	2,7	3,8	1,9	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		3,9	2,2	2,0	4,7	3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

bauinvestitionen voraussichtlich um drei Prozent ausgeweitet. Im Jahr 2018 dürften diese um 1,2 Prozent und im Jahr 2019 um etwa 1,8 Prozent steigen.

Der öffentliche Bau wird wahrscheinlich im zweiten Halbjahr 2017 einen Dämpfer erfahren, nachdem bereits jetzt ein sehr hohes Niveau erreicht wurde und viele für dieses Jahr vorgesehene Mittel verbaut werden konnten. Vor allem die für die kommunale Infrastruktur zusätzlich bereitgestellten Mittel und die sich weiter verbessernde Finanzlage der Kommunen dürften zu den anfänglich starken Impulsen in diesem Jahr geführt haben. Das erreichte Niveau wird real in etwa gehalten. Die Auftragsbücher sind zwar nach wie vor gut gefüllt. Allerdings sprechen die rückläufigen Produktionszahlen im Tiefbau für eine nachlassende Dynamik. Die derzeitige Auslastung der Bauwirtschaft wird darüber hinaus zu Preissteigerungen führen, die bei den derzeitigen Haushaltsansätzen nur geringere Ausweitungen der realen Bautätigkeit zulassen (Tabelle 4).

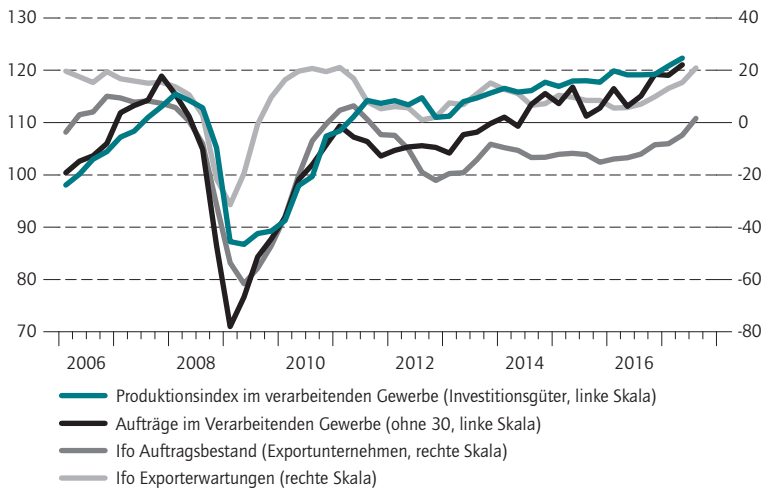
## Ein- und Ausfuhren im Gleichschritt

Beim Außenhandel zeigte sich in der ersten Jahreshälfte ein überwiegend positives Bild. Zum Jahresauftakt 2017 verzeichneten vor allem die Ausfuhren ein deutliches Plus, sodass die Außenwirtschaft einen kräftigen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion leistete. Zuletzt büßten die Exporte ein wenig an Schwung ein, während die Importe Fahrt aufnahmen, was rein rechnerisch den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes im zweiten Vierteljahr dämpfte.

Die geringere Dynamik bei der Ausfuhr im zweiten Quartal dürfte nicht zuletzt auf die deutliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch die seit Mai 2017 anhaltende Euro-Aufwertung zurückzuführen

Abbildung 6

**Frühindikatoren des Exports**  
Index



Anmerkung: Letzter Wert (Q3 2017): Durchschnitt Juli/August gegenüber Q2 2017.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

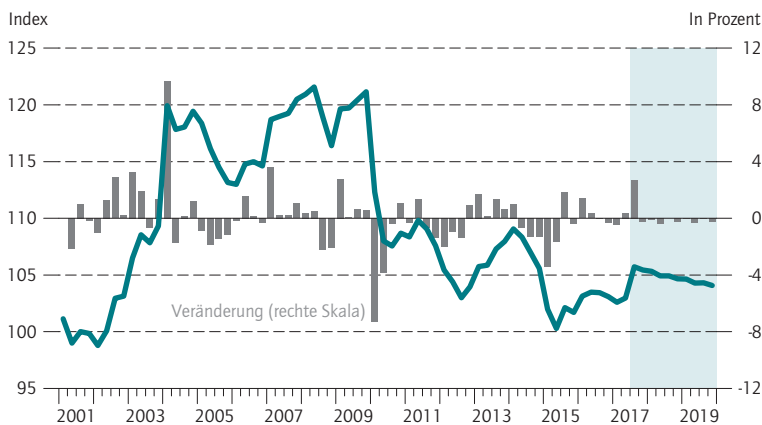
© DIW Berlin 2017

Die Frühindikatoren der Exporte deuten auf eine weitere deutliche Expansion der Ausfuhren im zweiten Halbjahr 2017 hin.

Abbildung 7

**Preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI**

Index (linke Skala), Veränderungen in Prozent (rechte Skala)



Anmerkung: Unter annahmegemäß konstantem nominalen Wechselkurs im Prognosezeitraum.  
 Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Im laufenden und im kommenden Jahr dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Durchschnitt verschlechtern, im Jahr 2019 hingegen verbessern.

sein. Dafür spricht auch, dass die Güterlieferungen in das nichteuropäische Ausland, insbesondere in die Vereinigten Staaten, rückläufig waren. Dem stand ein kräftiger Nachfrageimpuls aus den Euroländern gegenüber, der die dort günstige konjunkturelle Lage widerspiegelt, zumal der Handel mit diesen Ländern nicht von der Aufwertung betroffen ist. Die Expansion der Importe im zweiten Vierteljahr ging einher mit der lebhaften Binnenkonjunktur. Passend zur deutlichen Ausweitung des privaten Verbrauchs expandierten bei den Wareneinfuhren in erster Linie die Konsumgüterimporte. Insbesondere aus Asien wurden mehr Güter in die Bundesrepublik importiert. Auch hier dürfte die Aufwertung des Euro eine Rolle gespielt haben, da sich ausländische Produkte für inländische Nachfrager tendenziell verbilligen.

Im laufenden Quartal dürften die Exporte ihre in der Tendenz positive Grunddynamik halten. Dafür spricht, dass mit Ausnahme der Warenausfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels, die im Juli deutlich zurückging, die Mehrzahl der Exportindikatoren in der Quartalsbetrachtung weiter deutlich aufwärtsgerichtet sind (Abbildung 6 und Kasten 1).

Bis Ende des kommenden Jahres dürften die Exporte ihr Expansionstempo in etwa halten, wobei die Nachfrage der Länder des Euroraums den größten Beitrag zur Auslandsnachfrage leistet. Zwar wirkt die – sich im Jahresdurchschnitt 2017 und 2018 jeweils leicht verschlechternde – preisliche Wettbewerbsfähigkeit (Abbildung 7) bis Ende kommenden Jahres dämpfend, dies wird jedoch durch eine zunehmende Nachfrage aus den Industrieländern wettgemacht. Zum Jahreswechsel 2018/19 kühlt sich die Dynamik im Euroraum und auch in den Schwellenländern – insbesondere China – wohl etwas ab, weshalb die Ausfuhren dann eine langsamere Gangart einschlagen dürften (Abbildung 8).

Die Importe werden im laufenden Quartal wohl ein wenig stärker ausgeweitet werden als die Exporte (Kasten 1). Entsprechend dürfte der Rücksetzer der preisbereinigten Einfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels, der im Juni zu verzeichnen war, das allgemeine Bild nur vorübergehend trüben. Im gesamten Prognoseverlauf werden die Zuwächse der Einfuhren wohl geringfügig über denen der Ausfuhren liegen. Die sich verlangsamende Dynamik zum Ende des Prognosezeitraums geht auf die Entwicklung von Ausfuhren, privatem Konsum und Ausrüstungsinvestitionen zurück.

Der Außenbeitrag, also der Saldo von Exporten und Importen, dürfte sich im Prognosezeitraum trotz der stärkeren Importdynamik leicht ausweiten, da – unter Berücksichtigung der Preiseffekte – die höheren Zuwächse der Importe nicht ausreichen, um die Unterschiede der Ausgangsniveaus von Aus- und Einfuhren

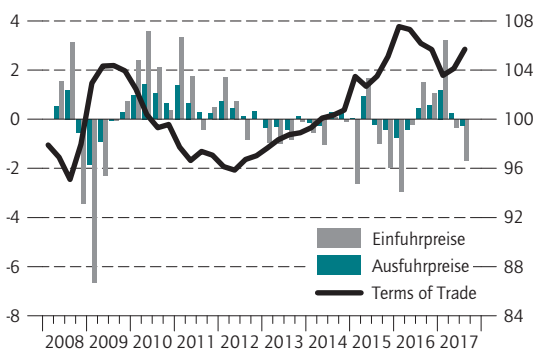
zu kompensieren. Bedingt durch Überhangeffekte dürfte der Beitrag des Außenhandels zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts in diesem und im kommenden Jahr rein rechnerisch in etwa neutral sein, während er im Jahr 2019 leicht positiv wirkt.

Die Terms of Trade haben sich im vergangenen Quartal erstmals wieder leicht verbessert, nachdem sie sich seit Frühjahr 2016 – teils deutlich – verschlechtert hatten. Während die Exportpreise leicht zulegten, sanken die Einfuhrpreise (Abbildung 9). Hier hat sich einerseits der seit Frühjahr anhaltende Preisrückgang bei Rohstoffen und Energie bemerkbar gemacht. Diese Entwicklung beeinflusst die Einfuhrpreise in besonderem Maße, da Importe einen relativ hohen Anteil an Rohstoffen und homogenen, rohstoffintensiven Vorleistungsgütern mit geringer Produktionstiefe aufweisen, deren Preisänderungen zeitnah an die Importeure weitergegeben werden können. Weiterhin dürfte zuletzt die Aufwertung des Euro eine Rolle gespielt haben, da sich die Einkaufspreise im Ausland hergestellter Güter bei steigendem Eurokurs tendenziell verringern. Die monatlichen Indizes der Außenhandelspreise weisen darauf hin, dass diese Effekte auch im kommenden Quartal ihre Wirkung entfalten dürften, so dass sich die Terms of Trade bei deutlich sinkenden Einfuhrpreisen weiter verbessern. Bei per Annahme konstantem nominalem Wechselkurs dürfte die Wirkung der Aufwertung ab Jahresmitte 2018 nachlassen.

Abbildung 9

**Außenhandelspreise und Terms of Trade**

Preise: in Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent (linke Skala); Terms of Trade: Index (2010=100, rechte Skala)



1 Die abgebildeten Werte berücksichtigen eine Phasenverschiebung der Monatswerte der Außenhandelspreisindizes um einen Monat.  
 2 letzter Wert (Q3 2017): Durchschnitt Juli/August gegenüber Q2 2017.

Quellen: Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2017.

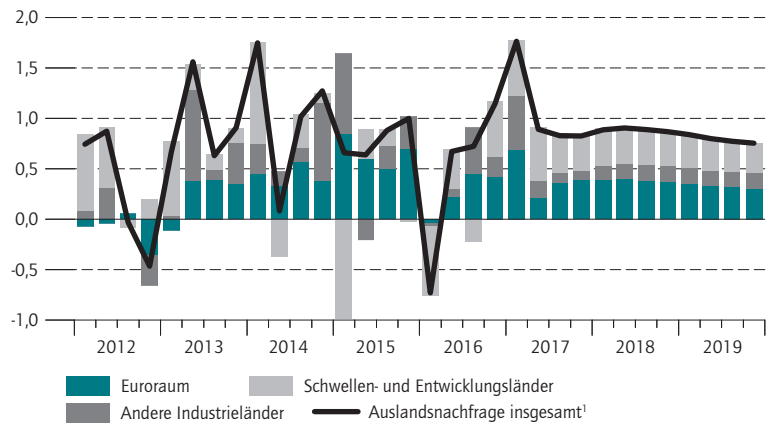
© DIW Berlin 2017

Die Preise für Importe dürften im laufenden Quartal deutlich nachgeben.

Abbildung 8

**Nachfrage auf wichtigen Auslandsmärkten**

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent  
 Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



1 Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner

Quellen: Bloomberg; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Die Nachfrage aus dem Euroraum dürfte im Prognosezeitraum den größten Beitrag zur ausländischen Nachfrage nach Exportgütern leisten.

Die Zuwachsraten der Ausfuhrpreise liegen im weiteren Verlauf leicht über den Einfuhrpreisen, da bei guter Weltkonjunktur die Kapazitäten der inländischen Unternehmen gut ausgelastet sind, sodass Preissetzungsspielräume zunehmend genutzt werden können.

Im Zuge eines etwas geringeren Außenbeitrags – er dürfte dieses Jahr im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um gut vier Zehntel schrumpfen – dürfte auch die Leistungsbilanz in Relation zur Wirtschaftsleistung etwas geringer ausfallen. Allerdings werden die per saldo aus dem Ausland bezogenen Einkommen in diesem Jahr wohl wieder merklich zulegen, so dass der Leistungsbilanzsaldo von 8,3 Prozent im vergangenen Jahr nur auf 8,1 Prozent in diesem Jahr sinkt. In den kommenden beiden Jahren wird er voraussichtlich weiter geringfügig zurückgehen – auf knapp unter acht Prozent; gemessen in Milliarden Euro wird er aber in jedem Jahr des Prognosezeitraums weiter steigen.

**Mittelfristprojektion bis 2022**

Für den Projektionszeitraum wird unterstellt, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung dem zum Ende der kurzen Frist eingeschlagenen Pfad folgt. Angenommen wird, dass die entwickelten Volkswirtschaften um zwei Prozent pro Jahr wachsen. Die Dynamik in den Schwellen-

Kasten 3

**Produktionspotential bis 2022**

Die Berechnung des Produktionspotentials beruht grundsätzlich auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird.<sup>1</sup> Als Grundlage dient dafür eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapital und der totalen Faktorproduktivität. Demografische Effekte werden beim Arbeitsvolumen berücksichtigt, in dem die Entwicklung der Komponenten für unterschiedliche Alterskohorten fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden (siehe dazu auch Kasten 4 im vorliegenden Bericht).<sup>2</sup>

**Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der im März 2017 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (Variante W2-A) fortgeschrieben. Diese weist jedoch nicht die

aktuellsten Wanderungssalden für 2015 und 2016 aus.<sup>3</sup> Im Jahr 2016 betrug dieser Saldo gut 460 000 Personen und ist damit deutlich geringer als noch im Jahr 2015. Die allmähliche wirtschaftliche Erholung im Euroraum sowie die anziehende Weltwirtschaft wird wohl in Zukunft die Nettowanderung insgesamt reduzieren. Aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation dürfte Deutschland dennoch weiterhin ein beliebtes Einwanderungsland sein. Es wird deshalb angenommen, dass der Wanderungssaldo bis 2022 zwar zurückgehen wird, aber in der mittleren Frist mit jahresdurchschnittlich 250 000 Personen immer noch hoch sein dürfte. Insgesamt können die positiven Wanderungssalden somit den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2022 nicht kompensieren.

**Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote**

Die Partizipationsquote wird grundsätzlich getrennt für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung geschätzt. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist mit Hilfe eines Kohortenmodells für Fünf-Jahres-Altersgruppen getrennt nach Geschlecht und Nationalität fortgeschrieben. Für Geflüchtete ergibt sie sich aus einem Suchmodell für den Arbeitsmarkt. Die trendmäßige Partizipationsquote der gesamten Bevölkerung errechnet sich anschließend als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie steigt von rund 73 Prozent im Jahr 2016 bis 2022 um fast zwei Prozentpunkte, allerdings mit deutlich abnehmenden jährlichen Zuwächsen.

**Entwicklung der natürlichen Erwerbslosenquote (NAWRU)**

Auch die NAWRU ergibt sich im Projektionszeitraum als mit den Erwerbspersonenanteilen gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Die natürliche Erwerbslosenquote der übrigen Bevölkerung ergibt sich als Trend der Erwerbslosenquote. Im ersten Jahr des mittelfristigen Zeitraums wird sie mit der halben Vorjahresveränderung fortgeschrieben und anschließend konstant gehalten. Für die Geflüchteten wird sie ähnlich wie die Partizipationsquote aus dem Suchmodell abgeleitet. Die NAWRU liegt im Jahr 2017 bei 4,1 Prozent und geht bis 2020 auf 3,7 Prozent zurück. Anschließend legt sie marginal zu, denn obwohl Geflüchtete in zunehmendem Maße Beschäftigung finden dürften, ist

Tabelle

**Wachstum des realen Produktionspotentials**

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2011-2016	2016-2022
Produktionspotential	1,5	1,6
Kapitalstock	1,2	1,4
Solow-Residuum	0,6	0,9
Arbeitsvolumen	0,7	0,3
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,1	0
Partizipationsquote	0,5	0,4
NAWRU	0,4	0,1
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,3	-0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

**1** Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers 420.

**2** Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kapitalbildung und die Arbeitsproduktivität können verfahrensbedingt nur unzureichend berücksichtigt werden, dürften allerdings ebenso wichtige Faktoren sein, vgl. Deutsche Bundesbank (2017): Monatsbericht April 2017 (online verfügbar).

**3** Vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Mehr als 10 Millionen Ausländer in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 227 vom 30. Juni 2017 (online verfügbar).



ihre Erwerbslosenquote noch relativ hoch und ihr Anteil an den Erwerbspersonen steigt.

**Kapitalstock**

Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Akkumulation der Nettoinvestitionen fortgeschrieben; zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird im Projektionszeitraum konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

**Produktionspotential**

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2022 dürfte bei einem Drittel-Prozentpunkt liegen, hauptsächlich getrieben durch den Anstieg der Partizipationsquote und eine leicht sinkende NAWRU (Tabelle). Die durchschnittliche trendmäßige Arbeitszeit sinkt über den gesamten Zeitraum und dürfte die Wachstumsrate des Arbeitsvolumens wohl reduzieren. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Durchschnitt wohl keine Wachstumsimpulse liefern: Der Anstieg zu Beginn des Prognosezeitraums wird durch leichte Rückgänge im späteren Verlauf ausgeglichen. Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2022 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten leisten. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks liegt mit gut 1 1/3 Prozentpunkten unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,9 Prozentpunkten ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2022 um jahresdurchschnittlich 1,6 Prozent zunehmen wird. Allerdings wird sich das Tempo, mit dem das Potential in der kurzen Frist wächst, in der Mittelfrist wohl demografisch bedingt verlangsamen.

lenländern bleibt relativ zu den entwickelten Volkswirtschaften hoch; unterstellt wird, dass die Wirtschaft in dieser Ländergruppe um fünf Prozent pro Jahr wächst. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für den gesamten Projektionszeitraum als konstant angenommen und jeweils beim für Ende 2019 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 52 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,18 US-Dollar pro Euro.

Die Europäische Zentralbank wird bei weiterhin unterdurchschnittlichen Teuerungsraten auch in der mittleren Frist den Expansionsgrad nur schrittweise und in Abhängigkeit von den zukünftigen Inflationserwartungen reduzieren. Damit dürften die Zinsen in Deutschland bis 2022 dem Trend aus der kurzen Frist folgen und auf einem relativ niedrigen Niveau liegen. Die Finanzpolitik in Deutschland dürfte ab dem Jahr 2019 restriktiv ausgerichtet sein.

Es wird wie üblich angenommen, dass die Produktion zum Ende des Konjunkturzyklus wieder mit der Potentialrate wächst. Diese liegt im Zeitraum zwischen 2016 und 2022 jahresdurchschnittlich bei 1,6 Prozent (Kasten 3), dürfte jedoch demografisch bedingt zum Ende des Projektionszeitraums um 0,2 Prozentpunkte niedriger sein.

Trotz der rückläufigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird während des gesamten Projektionszeitraums weiter Beschäftigung aufgebaut (Tabelle 5). Dies gelingt vor allem deshalb, weil wanderungsbedingt jahresdurchschnittlich rund 250 000 Personen – insbeson-

Tabelle 5

**Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts**

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Mrd. Euro					
2010	2 580,1	1 446,3	493,3	506,3	134,1
2016	3 144,1	1 674,4	615,4	603,6	250,6
2022	3 813,0	2 005,9	759,5	774,1	273,4
Anteile am BIP					
2010	100	56,1	19,1	19,6	5,2
2016	100	53,3	19,6	19,2	8,0
2022	100	53	20	20	7 1/4
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2016/2010	3,3	2,5	3,8	3,0	-
2022/2016	3 1/4	3	3 1/2	4 1/4	-

Anmerkung: In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017.

Kasten 4

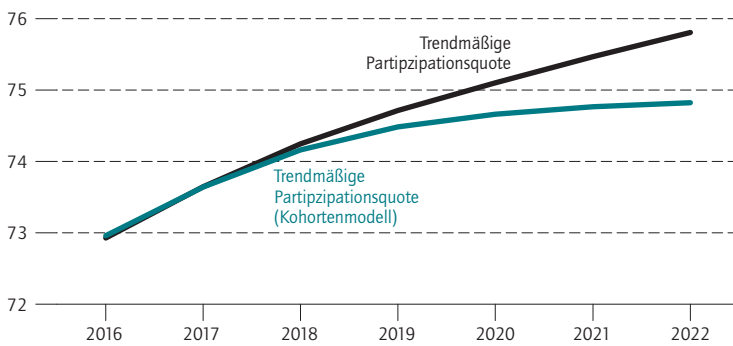
**Kohortenmodell für die Partizipationsquote**

Die deutsche Wirtschaft wächst derzeit oberhalb ihres Potentialpfades. Eine weitere Ursache neben der robusten konjunkturellen Situation ist auch, dass der Bevölkerungsrückgang bisher nicht wie befürchtet zu einem Rückgang der Erwerbspersonen geführt hat. Im Gegenteil, durch die hohe Nettozuwanderung in den vergangenen Jahren und eine zunehmende Partizipation am Arbeitsmarkt, insbesondere von Älteren, ist die Zahl der Erwerbspersonen sogar gestiegen.<sup>1</sup>

lung der Erwerbsbeteiligung. Hauptursache hierfür ist, dass ältere Bevölkerungskohorten mit relativ niedriger Erwerbsbeteiligung einen immer größeren Anteil ausmachen. Die Zunahme des Erwerbsverhaltens bei Älteren kann diesen demografischen Effekt tatsächlich aber nicht vollständig kompensieren, so dass sich der Anstieg der trendmäßigen Partizipationsquote ab 2019 abschwächt. Die herkömmliche Methodik berücksichtigt den demografischen Effekt nicht und schreibt das Erwerbsverhalten einzelner Altersgruppen verzerrt fort.

Abbildung

**Alterspezifische Partizipationsquote**



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Deshalb wird die Partizipationsquote anhand eines Kohortenmodells fortgeschrieben.<sup>3</sup> Dazu werden spezifische Partizipationsquoten von Fünf-Jahres-Alterskohorten getrennt nach Geschlecht und Nationalität auf Basis von ARIMA-Modellen geschätzt. Die altersspezifischen trendmäßigen Partizipationsquoten werden schließlich mit den Kohortenanteilen gewichtet aggregiert und geglättet.<sup>4</sup> Fasst man die Fünf-Jahres-Kohorten in den drei Alterskategorien junge Personen, Personen mittleren Alters (prime-age) und Ältere jeweils getrennt nach Geschlecht und Nationalität zusammen, lassen sich drei wesentliche potentialwirksame Trends ableiten. Erstens ist die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren gestiegen. Sie dürfte auch weiterhin steigen, jedoch in Zukunft die natürliche Bevölkerungsbewegung nicht mehr kompensieren. Zweitens weicht die Erwerbsbeteiligung bei den Zugewanderten von der deutschen Erwerbsbevölkerung ab. Zugewanderte aus den EU-Ländern weisen eine signifikant höhere Partizipationsquote als Deutsche auf, Zugewanderte aus Drittstaaten eine niedrigere. Das Wachstumspotential hängt folglich auch von der Struktur der Zuwanderung und dem Erfolg der Integrationspolitik ab. Drittens sinkt die Erwerbsbeteiligung in der jüngeren Bevölkerung. Hier macht sich bemerkbar, dass ein wachsender Teil dieser Altersgruppe studiert. Dies dürfte langfristig wiederum die Produktivität und auch die Erwerbsbeteiligung erhöhen, denn Gutqualifizierte sind besonders häufig und lange am Arbeitsmarkt aktiv.<sup>5</sup>

In der mittleren Frist bis 2022 wird der demografische Wandel das Wirtschaftswachstum allerdings dämpfen.<sup>2</sup> Denn auch wenn die Erwerbspersonen geburtenstarker Jahrgänge bis dahin größtenteils noch nicht das Rentenalter erreichen, dürfte die trendmäßige Partizipationsquote in Zukunft weniger stark ansteigen.

Die auf herkömmliche Weise fortgeschriebene gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote (Abbildung) überschätzt die Entwick-

**1** Positiv wirkte sich dabei auch die steigende Zahl von Zugewanderten aus der EU aus, deren Partizipationsquote mittlerweile höher als die der Deutschen ist. Siehe Karl Brenke und Marius Clemens (2017): Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern. DIW Wochenbericht Nr. 35, 675–686 (online verfügbar).

**2** Zum Ende der mittleren Frist wird das Wirtschaftswachstum allein durch das Potentialwachstum bestimmt und die Produktionslücke schließt sich. Denn eine Prognose von Konjunkturausschlägen, die fast immer Folge von stochastisch nicht prognostizierbaren Ereignissen ist, dürfte über einen solch langen Zeitraum wissenschaftlich seriös kaum möglich sein.

**3** Im Modell wird zudem zwischen Geflüchteten und der übrigen Bevölkerung unterschieden. Die Partizipationsquote der Geflüchteten resultiert aus einem separaten Kohortenmodell des Arbeitsmarktes für Geflüchtete, in dem unter anderem die Beschäftigungswahrscheinlichkeit bestimmt wird.

**4** Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2016): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2016. DIW Wochenbericht Nr. 50, 1171–1192.

**5** Vgl. Karl Brenke und Klaus F. Zimmermann (2011): Ältere auf dem Arbeitsmarkt. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 2, 11–31 (online verfügbar); und Karl Brenke (2012): Gibt es in Deutschland einen Fachkräftemangel – und wird es einen geben? In: BBSR-Online-Publikation 02/2012. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, November 2012, 4–13 (online verfügbar).

Tabelle 6

**Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit**

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen- stunde		
				in Mio.	in Mio.	in Stunden	in Mrd. Euro	in Euro
2010	41 020	36 533	1 390	2 580	62 899	45	2 580	100
2016	43 638	39 305	1 359	2 855	65 432	48	3 144	110
2022	45 030	40 717	1 350	3 130	69 517	52	3 813	122
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2016/2010	1,0	1,2	-0,4	1,7	0,7	1,0	3,3	1,6
2022/2016	½	½	-0	1 ½	1	1 ¼	3 ¼	1 ¾

Anmerkung: In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

dere aus Ländern der EU – auf den Arbeitsmarkt kommen. Trotz deren überdurchschnittlich hoher Partizipationsquote reicht die Nettowanderung zahlenmäßig allerdings nicht aus, um die Beschäftigungslücke bis 2022 vollständig zu schließen. Dies liegt auch daran, dass die inländische Erwerbsbeteiligung, die bisher einen großen Beitrag zum Anstieg der verfügbaren Erwerbspersonen leistete, in Zukunft weniger stark steigt. Denn der Anteil älterer Bevölkerungsgruppen, die zwar steigende, aber relativ niedrige Partizipationsquoten haben, wächst zunehmend (Kasten 4). Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich bis zum Ende des Projektionszeitraums abschwächen, bei allerdings steigender Arbeitsproduktivität. Die Erwerbslosenquote wird wohl bis 2020 sinken und bis zum Ende des Projektionszeitraums auf einem niedrigen Niveau bleiben.

Die steigende Nachfrage nach Arbeit führt dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter im Projektionszeitraum weiterhin expandieren.<sup>11</sup> Die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch eine stärkere Teuerung etwas gebremst werden, sodass der private Konsum weniger zum Wachstum beiträgt als in den vorherigen Jahren. Pro Kopf bleibt die Wachstumsrate des privaten Konsums hingegen in etwa konstant. Der öffentliche Konsum dürfte demgegenüber an Bedeutung gewinnen

<sup>11</sup> Nicht zuletzt deshalb könnte der Arbeitsmarkt in Deutschland attraktiver für ausländische Erwerbspersonen werden. Ein Aspekt, den die Setzung der Zuwanderung allerdings nicht berücksichtigt. Eine weitergehende Betrachtung bietet sich hier im Rahmen eines strukturellen Modells an, das beispielsweise Wanderungsbewegungen anhand der Differenzen im Lohnniveau und der Arbeitslosenquote erklärt. Siehe unter anderem Michel Beine, Pauline Bourgeon und Jean-Charles Bricongne (2013): Aggregate Fluctuations and International Migration, CES ifo Working Paper No. 4379.

(Tabelle 6), da die alternde Bevölkerung zunehmend Leistungen beispielsweise der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird.

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen werden zunächst durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die Dynamik nimmt allerdings im späteren Verlauf auch wegen der sich abzeichnenden Zinsentwicklung etwas ab. Die Investitionsquote dürfte alles in allem nur leicht über dem Niveau im Jahr 2016 liegen, so dass der Kapitalstock mittelfristig weniger stark wächst als das Produktionspotential.

Im Gleichlauf mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung nehmen die Exporte in der mittleren Frist etwas verhaltener zu. Die Importe steigen infolge der robusten Binnenkonjunktur stärker als die Exporte, sodass der Anteil des Außenbeitrags am Bruttoinlandsprodukt auch über den Projektionszeitraum weiter sinkt. Insgesamt wird der Außenbeitrag im Projektionszeitraum keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag liefern. Die Terms of Trade werden hingegen leicht steigen.

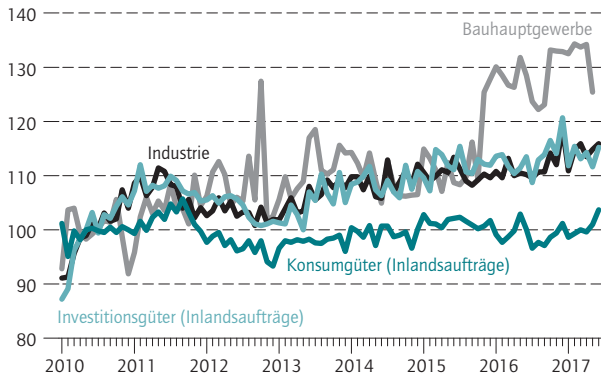
Über den gesamten Projektionszeitraum wird der Deflator des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,7 Prozent zunehmen. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei etwa 3¼ Prozent.

Abbildung 10

**Konjunkturindikatoren Deutschland**

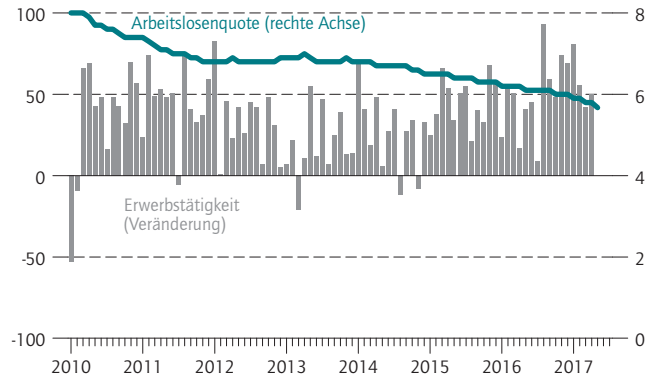
**1. Auftragseingang**

Kalender- und saisonbereinigte Werte



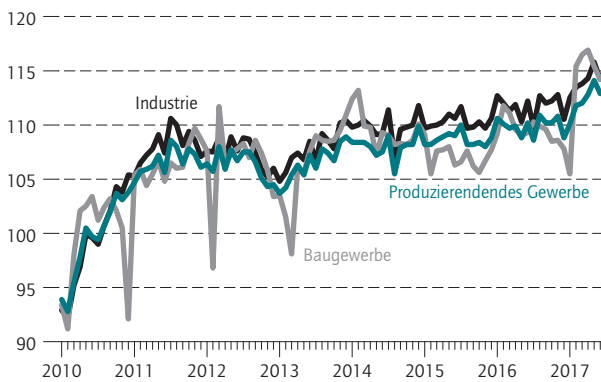
**2. Arbeitsmarkt**

In Prozent, in Tausend



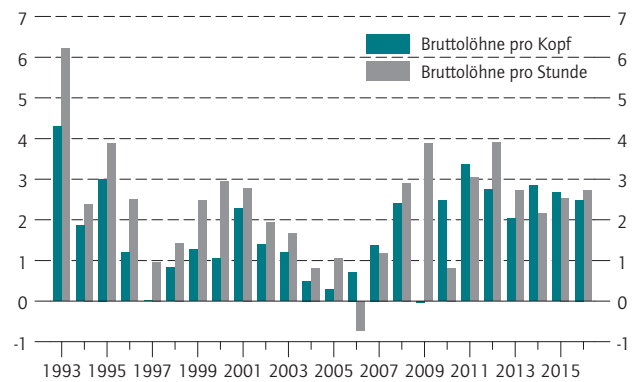
**3. Produktionsindex**

Kalender- und saisonbereinigte Werte



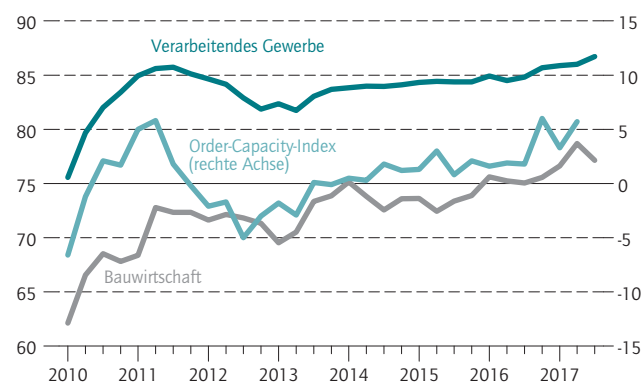
**4. Löhne**

Veränderung in Prozent



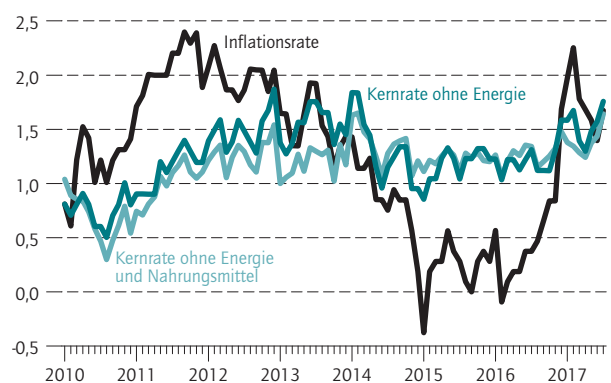
**5. Kapazitätsauslastung**

Kalender- und saisonbereinigte Werte



**6. Preisentwicklung**

In Prozent, saisonbereinigte Werte



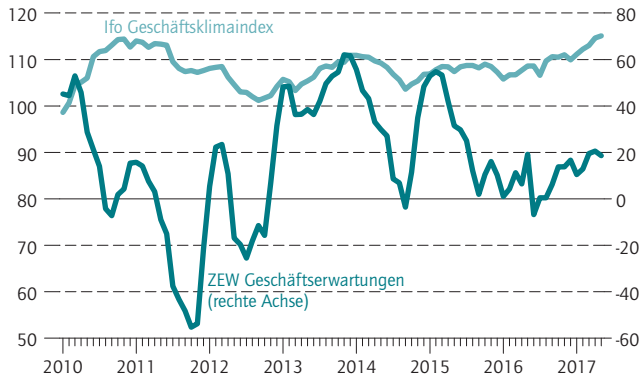
Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

Abbildung 10 (Fortsetzung)

**Konjunkturindikatoren Deutschland**

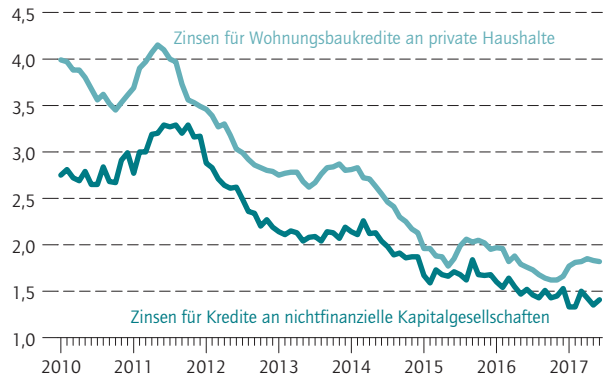
**7. Unternehmensstimmung**

Kalender- und saisonbereinigte Werte



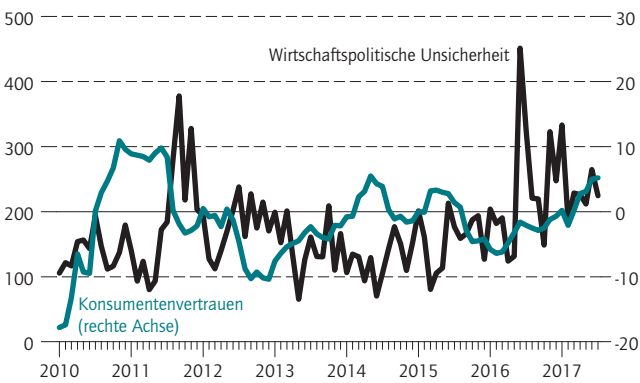
**8. Zinsen**

In Prozent



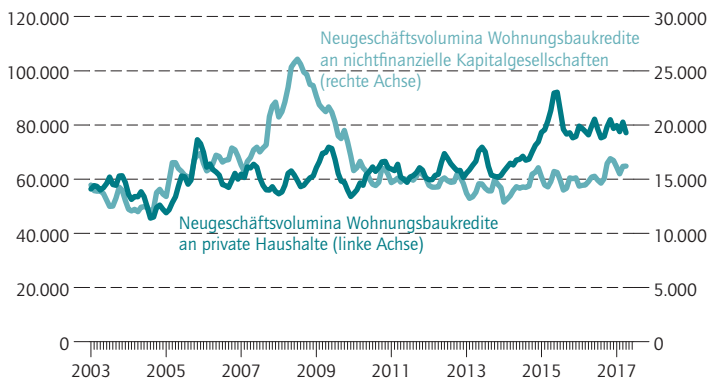
**9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit**

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



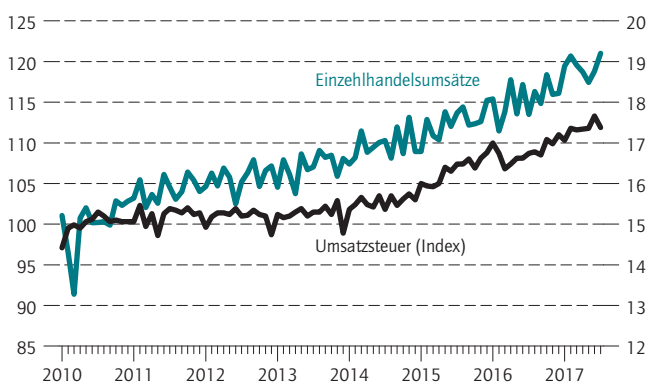
**10. Kredite Neugeschäftsvolumina**

In Millionen Euro, gleitender Dreimonatsdurchschnitt



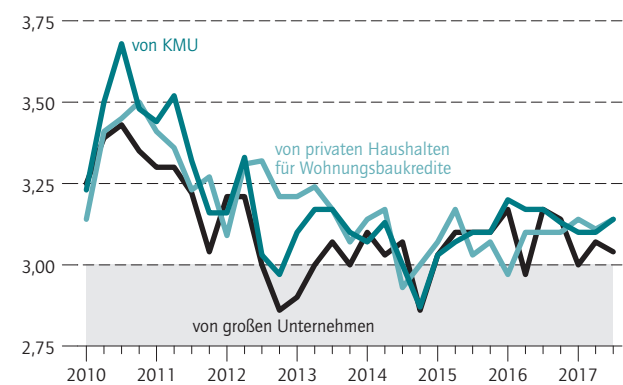
**11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze**

Index 2010=100, Milliarden Euro



**12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten**

=3 konstant, >3 steigt <3 sinkt



Quellen: (1) ifo Institut; ZEW; (2,4) Deutsche Bundesbank; (3) Eurostat; Economic Policy Uncertainty (online verfügbar); (5) Statistisches Bundesamt; (6) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

## DEUTSCHLAND

---

**Ferdinand Fichtner** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

**Karl Brenke** ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | [kbrenke@diw.de](mailto:kbrenke@diw.de)

**Marius Clemens** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [mclemens@diw.de](mailto:mclemens@diw.de)

**Simon Junker** ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | [sjunker@diw.de](mailto:sjunker@diw.de)

**Claus Michelsen** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [cmichelsen@diw.de](mailto:cmichelsen@diw.de)

**Thore Schlaak** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [tschlaak@diw.de](mailto:tschlaak@diw.de)

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 36/2017:

[www.diw.de/econbull](http://www.diw.de/econbull)





DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Dr. Crijte Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Claudia Cohnen-Beck  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Sebastian Kollmann  
Markus Reiniger  
Mathilde Richter  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Karl Brenke  
Dr. Frauke Peter

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2017

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 927,6	1 978,4	311,4	637,9	-
4	- Abschreibungen	571,7	328,4	71,1	172,1	-
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 355,9	1 649,9	240,2	465,7	-244,7
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 664,0	1 192,1	244,2	227,7	14,8
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,6	13,1	0,2	9,3	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	26,4	24,8	0,2	1,3	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	695,7	469,5	- 3,9	230,1	-259,6
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 665,9	-	-	1 665,9	12,9
11	- Geleistete Subventionen	28,4	-	28,4	-	5,5
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	346,8	-	346,8	-	6,7
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	696,0	630,3	39,9	25,9	173,0
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	753,9	345,0	16,1	392,8	115,2
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 737,9	184,2	290,8	2 262,9	-303,3
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	407,5	87,7	-	319,8	9,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	416,9	-	416,9	-	0,4
18	- Geleistete Sozialbeiträge	670,0	-	-	670,0	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	671,3	123,9	546,6	0,8	3,1
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	574,2	65,8	507,5	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	567,1	-	-	567,1	7,6
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	328,5	172,4	76,0	80,1	61,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	289,3	158,5	21,2	109,6	100,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 702,2	140,5	691,9	1 869,7	-267,6
25	- Konsumausgaben	2 371,3	-	638,6	1 732,7	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 49,5	-	49,5	-
27	= Sparen	330,9	91,0	53,3	186,6	-267,6
28	- Geleistete Vermögenstransfers	62,1	12,7	39,4	10,0	5,2
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	57,8	31,4	11,1	15,4	9,6
30	- Bruttoinvestitionen	635,0	362,8	68,3	203,9	-
31	+ Abschreibungen	571,7	328,4	71,1	172,1	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 3,0	- 2,0	- 1,4	0,4	3,0
33	= Finanzierungssaldo	266,3	77,3	29,2	159,8	- 266,3
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 702,2	140,5	691,9	1 869,7	- 267,6
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	418,6	-	418,6	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	418,6	-	-	418,6	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 702,2	140,5	273,3	2 288,4	-267,6
38	- Konsum <sup>2</sup>	2 371,3	-	220,0	2 151,3	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,5	-	49,5	-
40	= Sparen	330,9	91,0	53,3	186,6	-267,6

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).



## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2018

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	3 039,5	2 057,2	321,5	660,8	-
4 - Abschreibungen	594,4	341,1	74,8	178,6	-
5 = Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 445,0	1 716,1	246,7	482,2	-256,1
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 721,9	1 232,8	252,3	236,8	15,4
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,3	13,5	0,2	9,6	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	26,5	24,9	0,2	1,4	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	726,3	494,7	-5,7	237,2	-271,5
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 723,8	-	-	1 723,8	13,5
11 - Geleistete Subventionen	28,8	-	28,8	-	5,3
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	354,3	-	354,3	-	6,4
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	693,4	629,0	39,5	24,9	171,3
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	750,1	331,7	16,2	402,2	114,6
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 832,3	197,4	296,5	2 338,4	-313,5
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	431,2	95,0	-	336,1	10,2
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	440,9	-	440,9	-	0,5
18 - Geleistete Sozialbeiträge	691,6	-	-	691,6	4,8
19 + Empfangene Sozialbeiträge	692,9	127,3	564,8	0,8	3,5
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	590,7	67,2	522,7	0,8	0,5
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	583,5	-	-	583,5	7,8
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	347,5	177,6	87,8	82,1	57,6
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	300,3	165,6	21,4	113,3	104,8
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 788,8	150,5	713,1	1 925,2	-270,0
25 - Konsumausgaben	2 445,2	-	662,1	1 783,1	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,0	-	50,0	-
27 = Sparen	343,6	100,5	51,0	192,1	-270,0
28 - Geleistete Vermögenstransfers	57,2	13,4	33,4	10,5	5,4
29 + Empfangene Vermögenstransfers	53,1	27,7	10,1	15,4	9,6
30 - Bruttoinvestitionen	668,0	380,5	70,5	217,0	-
31 + Abschreibungen	594,4	341,1	74,8	178,6	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,3	-1,8	-1,4	0,8	2,3
33 = Finanzierungssaldo	268,2	77,0	33,4	157,8	-268,2
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 788,8	150,5	713,1	1 925,2	-270,0
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	435,0	-	435,0	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	435,0	-	-	435,0	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 788,8	150,5	278,1	2 360,2	-270,0
38 - Konsum <sup>2</sup>	2 445,2	-	227,1	2 218,1	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,0	-	50,0	-
40 = Sparen	343,6	100,5	51,0	192,1	-270,0

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2019

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 146,0	2 131,1	331,0	683,9	-
4	- Abschreibungen	615,1	352,5	77,4	185,1	-
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 530,9	1 778,5	253,5	498,8	-262,9
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 784,2	1 278,9	259,9	245,4	16,0
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,7	13,9	0,2	9,6	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	26,8	25,3	0,2	1,4	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	749,8	510,9	-6,3	245,2	-278,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 786,1	-	-	1 786,1	14,1
11	- Geleistete Subventionen	29,3	-	29,3	-	5,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	363,3	-	363,3	-	6,2
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	691,9	628,4	39,1	24,4	172,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	750,4	320,7	17,8	411,9	114,0
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 928,5	203,3	306,4	2 418,8	-322,4
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	447,5	98,1	-	349,4	10,5
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	457,5	-	457,5	-	0,5
18	- Geleistete Sozialbeiträge	718,8	-	-	718,8	5,3
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	720,1	132,3	587,0	0,8	4,0
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	609,5	69,3	539,4	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	601,9	-	-	601,9	8,1
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	357,8	182,9	90,9	84,0	60,8
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	308,6	172,2	21,7	114,7	110,0
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 883,0	157,4	742,4	1 983,1	-276,9
25	- Konsumausgaben	2 523,2	-	687,2	1 836,0	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,4	-	50,4	-
27	= Sparen	359,8	106,9	55,3	197,6	-276,9
28	- Geleistete Vermögenstransfers	58,8	13,7	34,5	10,7	5,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	54,8	29,3	10,2	15,4	9,6
30	- Bruttoinvestitionen	698,0	396,0	73,3	228,7	-
31	+ Abschreibungen	615,1	352,5	77,4	185,1	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,3	-1,8	-1,4	0,8	2,3
33	= Finanzierungssaldo	275,1	80,8	36,4	157,9	-275,1
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 883,0	157,4	742,4	1 983,1	-276,9
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	454,6	-	454,6	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	454,6	-	-	454,6	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 883,0	157,4	287,8	2 437,8	-276,9
38	- Konsum <sup>2</sup>	2 523,2	-	232,5	2 290,6	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,4	-	50,4	-
40	= Sparen	359,8	106,9	55,3	197,6	-276,9

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>									
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Erwerbstätige	1,5	0,8	0,6	1,5	1,4	1,0	0,7	0,6	0,5
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,9	0,3	0,1	-0,1	1,8	0,4	0,3	0,6	-0,4
Arbeitstage	-1,2	-0,3	0,0	0,0	-2,3	-0,5	-0,1	-0,8	0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,2	0,9	0,7	1,4	0,9	0,9	0,9	0,4	0,9
Produktivität <sup>1</sup>	0,7	1,0	1,0	0,6	0,9	0,9	1,0	1,1	0,9
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>1,6</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,5</b>	<b>1,8</b>
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	2371,3	2445,2	2523,2	1156,5	1214,7	1193,1	1252,2	1228,5	1294,6
Private Haushalte <sup>2</sup>	1732,7	1783,1	1836,0	846,2	886,5	870,8	912,4	894,6	941,4
Staat	638,6	662,1	687,2	310,4	328,2	322,3	339,8	334,0	353,2
Anlageinvestitionen	662,1	695,3	725,3	319,7	342,3	334,8	360,4	349,9	375,4
Ausrüstungen	210,4	220,7	229,1	100,5	109,9	104,9	115,8	108,8	120,3
Bauten	326,1	343,2	359,7	157,9	168,1	165,8	177,4	174,3	185,4
Sonstige Anlageinvestitionen	125,6	131,4	136,5	61,3	64,3	64,2	67,2	66,8	69,7
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-27,1	-27,3	-27,3	-5,4	-21,6	-4,8	-22,4	-6,1	-21,3
Inländische Verwendung	3006,3	3113,2	3221,2	1470,9	1535,4	1523,1	1590,1	1572,4	1648,7
Außenbeitrag	244,7	256,1	262,9	128,1	116,6	135,8	120,3	139,0	123,9
Exporte	1527,8	1597,9	1673,5	759,6	768,1	791,8	806,1	827,2	846,4
Importe	1283,0	1341,9	1410,6	631,6	651,5	656,1	685,8	688,2	722,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3251,0</b>	<b>3369,3</b>	<b>3484,1</b>	<b>1599,0</b>	<b>1652,0</b>	<b>1658,9</b>	<b>1710,4</b>	<b>1711,4</b>	<b>1772,7</b>
<b>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	3,6	3,1	3,2	3,5	3,6	3,2	3,1	3,0	3,4
Private Haushalte <sup>2</sup>	3,5	2,9	3,0	3,5	3,5	2,9	2,9	2,7	3,2
Staat	3,8	3,7	3,8	3,6	3,9	3,8	3,5	3,6	3,9
Anlageinvestitionen	5,1	5,0	4,3	4,8	5,3	4,7	5,3	4,5	4,2
Ausrüstungen	2,2	4,9	3,8	1,5	2,8	4,4	5,4	3,8	3,8
Bauten	7,1	5,2	4,8	7,1	7,1	5,0	5,5	5,1	4,5
Sonstige Anlageinvestitionen	5,0	4,6	3,9	4,9	5,1	4,6	4,5	4,2	3,7
Inländische Verwendung	3,9	3,6	3,5	4,0	3,8	3,6	3,6	3,2	3,7
Exporte	5,4	4,6	4,7	5,8	4,9	4,2	4,9	4,5	5,0
Importe	7,0	4,6	5,1	8,4	5,6	3,9	5,3	4,9	5,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,4</b>	<b>3,6</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>	<b>3,2</b>	<b>3,6</b>
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt</b>									
<b>a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	2157,2	2194,2	2226,4	1058,3	1098,8	1077,5	1116,8	1092,1	1134,2
Private Haushalte <sup>2</sup>	1595,1	1620,6	1641,0	780,9	814,2	794,2	826,4	803,0	838,0
Staat	561,7	573,2	584,8	277,2	284,5	283,0	290,2	288,8	296,0
Anlageinvestitionen	590,5	608,4	622,8	285,9	304,6	293,7	314,7	301,3	321,6
Ausrüstungen	203,5	212,7	219,9	96,7	106,8	100,6	112,1	104,0	115,9
Bauten	273,9	279,5	284,2	133,7	140,3	136,0	143,5	138,6	145,5
Sonstige Anlageinvestitionen	113,5	117,0	119,9	55,6	57,9	57,3	59,7	58,9	61,0
Inländische Verwendung	2712,0	2767,0	2813,7	1337,4	1374,6	1365,0	1402,0	1386,0	1427,7
Exporte	1446,6	1508,2	1568,7	718,9	727,6	748,5	759,7	776,6	792,1
Importe	1250,3	1313,3	1374,0	611,1	639,2	642,4	670,9	670,6	703,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2908,9</b>	<b>2963,9</b>	<b>3012,0</b>	<b>1444,8</b>	<b>1464,2</b>	<b>1471,3</b>	<b>1492,6</b>	<b>1492,9</b>	<b>1519,1</b>
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	1,8	1,7	1,5	1,7	1,9	1,8	1,6	1,4	1,6
Private Haushalte <sup>2</sup>	1,8	1,6	1,3	1,7	1,9	1,7	1,5	1,1	1,4
Staat	1,7	2,0	2,0	1,6	1,8	2,1	2,0	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	3,2	3,0	2,4	3,1	3,3	2,7	3,3	2,6	2,2
Ausrüstungen	2,0	4,5	3,4	1,2	2,7	4,1	5,0	3,4	3,4
Bauten	3,8	2,0	1,7	4,1	3,5	1,7	2,3	2,0	1,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	3,1	2,5	3,7	3,8	3,1	3,0	2,7	2,2
Inländische Verwendung	2,1	2,0	1,7	2,1	2,0	2,1	2,0	1,5	1,8
Exporte	3,7	4,3	4,0	3,9	3,5	4,1	4,4	3,8	4,3
Importe	4,5	5,0	4,6	4,6	4,4	5,1	4,9	4,4	4,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>1,6</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,5</b>	<b>1,8</b>

**Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)</b>									
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,6	1,3	1,7	1,7	1,5	1,2	1,4	1,6	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,0	1,6	1,7	2,0	2,0	1,7	1,5	1,6	1,9
Anlageinvestitionen	1,9	1,9	1,9	1,7	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Bauten	3,2	3,2	3,1	2,9	3,4	3,2	3,1	3,1	3,1
Exporte	1,6	0,3	0,7	1,9	1,4	0,1	0,5	0,7	0,7
Importe	2,4	-0,4	0,5	3,7	1,2	-1,2	0,3	0,5	0,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2262,9	2338,4	2418,8	1115,0	1147,9	1152,2	1186,1	1190,3	1228,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	300,1	310,5	322,4	144,9	155,2	150,0	160,5	156,1	166,3
Bruttolöhne und -gehälter	1365,8	1413,3	1463,7	652,5	713,3	675,7	737,6	699,4	764,3
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	597,0	614,5	632,6	317,6	279,4	326,5	288,0	334,8	297,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	475,0	493,9	509,7	219,9	255,0	231,2	262,7	235,9	273,8
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2737,9</b>	<b>2832,3</b>	<b>2928,5</b>	<b>1334,9</b>	<b>1402,9</b>	<b>1383,4</b>	<b>1448,8</b>	<b>1426,2</b>	<b>1502,3</b>
Abschreibungen	571,7	594,4	615,1	283,4	288,3	294,7	299,7	305,5	309,6
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3309,6</b>	<b>3426,7</b>	<b>3543,5</b>	<b>1618,4</b>	<b>1691,2</b>	<b>1678,1</b>	<b>1748,6</b>	<b>1731,7</b>	<b>1811,8</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2419,4	2506,8	2594,4	1177,0	1242,4	1222,1	1284,7	1260,6	1333,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	753,5	783,0	808,3	379,6	373,9	396,4	386,6	405,0	403,3
Arbeitnehmerentgelt	1665,9	1723,8	1786,1	797,4	868,5	825,7	898,1	855,5	930,6
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3,9	3,3	3,4	4,1	3,8	3,3	3,3	3,3	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,9	3,5	3,8	3,7	4,1	3,6	3,4	4,0	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	4,1	3,5	3,6	4,4	3,9	3,6	3,4	3,5	3,6
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	3,5	2,9	2,9	3,7	3,3	2,8	3,1	2,5	3,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,5	4,0	3,2	-0,9	3,8	5,1	3,0	2,0	4,2
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3,5</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>	<b>3,8</b>	<b>3,6</b>	<b>3,3</b>	<b>3,1</b>	<b>3,7</b>
Abschreibungen	3,5	4,0	3,5	3,3	3,7	4,0	4,0	3,6	3,3
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,5</b>	<b>3,5</b>	<b>3,4</b>	<b>3,3</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>	<b>3,6</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,5	3,6	3,5	3,2	3,8	3,8	3,4	3,1	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,2	3,9	3,2	0,9	3,4	4,4	3,4	2,2	4,3
Arbeitnehmerentgelt	4,1	3,5	3,6	4,3	3,9	3,6	3,4	3,6	3,6
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Masseneinkommen	1348,9	1390,8	1434,5	649,8	699,1	670,5	720,4	690,7	743,8
Nettolöhne und -gehälter	902,1	932,3	962,0	427,0	475,1	441,6	490,7	454,9	507,1
Monetäre Sozialleistungen	567,1	583,5	601,9	282,5	284,6	290,8	292,7	300,0	301,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	120,3	124,9	129,4	59,7	60,6	61,9	63,0	64,2	65,2
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	597,0	614,5	632,6	317,6	279,4	326,5	288,0	334,8	297,9
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>	-76,2	-80,1	-84,0	-38,6	-37,6	-40,6	-39,5	-42,6	-41,4
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1869,7</b>	<b>1925,2</b>	<b>1983,1</b>	<b>928,9</b>	<b>940,8</b>	<b>956,4</b>	<b>968,8</b>	<b>982,9</b>	<b>1000,2</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,5	50,0	50,4	24,5	25,0	24,7	25,3	24,9	25,5
Konsumausgaben	1732,7	1783,1	1836,0	846,2	886,5	870,8	912,4	894,6	941,4
Sparen	186,6	192,1	197,6	107,2	79,4	110,4	81,7	113,3	84,3
Sparquote in Prozent <sup>7</sup>	9,7	9,7	9,7	11,2	8,2	11,2	8,2	11,2	8,2
<b>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Masseneinkommen	3,8	3,1	3,1	4,1	3,6	3,2	3,0	3,0	3,3
Nettolöhne und -gehälter	3,8	3,4	3,2	4,1	3,5	3,4	3,3	3,0	3,3
Monetäre Sozialleistungen	4,1	2,9	3,2	4,3	3,8	2,9	2,8	3,2	3,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	4,8	3,8	3,6	5,5	4,0	3,8	3,9	3,7	3,6
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	3,5	2,9	2,9	3,7	3,3	2,8	3,1	2,5	3,4
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>2,8</b>	<b>3,2</b>
Konsumausgaben	3,5	2,9	3,0	3,5	3,5	2,9	2,9	2,7	3,2
Sparen	3,8	2,9	2,9	5,0	2,3	3,0	2,9	2,6	3,2

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. 2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Herbstgrundlinien 2017.